

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags,
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Postleitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die gespaltene Zeitung
Zeile 4 Pf.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Bezüglich Abonnementbestellungen
sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Berbandes Deutschlands.

Wirtschaftspolitische Umschau.

Während die rheinisch-westfälischen Unternehmer sich nach vor drei Wochen zu einer Eingabe an die russische Regierung veranlaßt sahen bezüglich Zufuhr von Erzen, hat sich Angebot und Nachfrage bereits wieder normalen Verhältnissen genähert. Die Zufuhren an Manganeismerzen aus dem Karabas sind allmählich wieder aufgenommen worden, wenn auch ihre Zufuhr noch nicht allzu bedeutend ist. Auch hat ein erhebliches stärkeres Angebot an sonstigen ausländischen Erzen den Erzmarkt wieder in seine normalen Verhältnisse gebracht. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß die ausländische Industrie die kommenden Dinge nicht mehr durch eine so rostige Brille ansieht, wie die Deutsche.

Die deutsche Industrie kann den Dingen freilich auch mit Zuversicht entgegensehen. Ein Nachlassen des Absatzes bei Gelegenheit des Wechsels in den Handelsverträgen scheint nicht eingetreten zu sein. Die genauen statistischen Aufzeichnungen werden erst Mitte Mai zu erhalten sein, wenn die Statistik über April fertig ist. Die festen, teilweise steigenden Preise bilden aber einen ausreichenden Beweis für das Gegenteil. Der Roheisenmarkt ist noch wie vor sehr fest. Das einzige Gebiet, das da eine ganz kleine Aenderung aufzuweisen hat, ist das manganhaltige Siegerländer Spiegeleisen, das von der vor kurzer Zeit erzielten Höhe von 93 Mt. auf 90—92 Mt. herabgegangen ist. Daß der Export in Halbzeug nachgelassen hat, ist sicher; dagegen tritt jetzt ein seit Monaten stark zurückgehaltener Inlandsbedarf in die Erscheinung, der eine andauernde sehr starke Beschäftigung der Werke verlangt. Vertrauenswürdige Beurteiler sind der Überzeugung, daß bis Ende des kommenden Quartals eine sehr gute Beschäftigung aller Werke in sicherer Aussicht steht. Dadurch ist es auch möglich geworden, daß die Preise für Exportwaren sich durchaus halten könnten. Befriedigend im Vergleich zu den letzten Monaten ist sogar das Gebiet der Drahtfabrikation, bei dem doch lange Zeit hindurch sehr unsichere Verhältnisse bestanden haben. Daß die Fabriken für Eisenbahnbedarf, Waggons etc. viel zu tun haben, und lange Zeit hindurch stark beschäftigt sein werden, geht schon hervor aus den Mitteilungen über die Bestellung neuen Wagenmaterials durch den preußischen Eisenbahnminister beim Eisenbahnenamt im Abgeordnetenhaus.

Daß die Ausfuhr ins Ausland zurückgehen wird, ist mit ziemlicher Sicherheit schon heute aus der Lage der Auslandsmarkte zu folgern. In dieser Beziehung darf man nicht ohne weiteres den Chindikaten glauben schenken. Sie haben das allerstärkste Interesse an einer möglichst glänzenden Schildderung der Dinge, damit die Käufer sich möglichst schnell zu Bestellungen entschließen. Der Stahlwerksverband läßt kürzlich eine Notiz ausschlackern, nach der „der Auftragsbestand weder bei uns noch bei den mit uns konkurrierenden ausländischen Werken eine Abschwächung der Konjunktur vermuten“ sollte. Er konstatiert dann aber weiter, daß die lang andauernde politische Unsicherheit eine Abschwächung der Unternehmungslust herbeigeführt habe. Mit der Politik ist es eine sehr eigentümliche Sache. Sie ist jenes Moment im wirtschaftlichen Leben, das die Börsenspekulantern dann heranziehen, wenn sie kein anderes Mittel zur Dämpfung des Publikums mehr zu finden vermögen. Wenn der Stahlwerksverband — wie auch kürzlich der Reichsbankpräsident Dr. Koch bei einer Besprechung der Lage in der Leitung der Reichs-

bant! — jetzt auf einmal der Politik ein größeres Augenmerk widmet, was trotz der Kriegserfüllte des letzten Sommers bisher sehr selten geschehen ist, dann beweist das, daß er sich einen Reim auf die Erscheinungen des Auslandes nicht machen kann. Es herrscht im Auslande tatsächlich eine erhebliche Unsicherheit. In den Vereinigten Staaten ging der Roheisenpreis etwas zurück. Die Lage soll zwar andauernd gut sein, aber... etwas Gewisses weiß man nicht. So denkt die Spekulation und daraus resultiert dann andauernd Unruhe. Neuerdings versucht man in England die Unsicherheit auf die Tätigkeit von Baisse-Spekulantern, die an einem Zurückgehen der Konjunktur verdienen wollen, zurückzuführen, ob mit Recht oder Unrecht, ist nicht zu erkennen. Die ganze Situation im Auslande ist recht ungewiß.

Der Verein zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik konstatiert in seinem kürzlich ausgegebenen Jahresbericht, daß das vergangene Jahr für die elektrotechnische Industrie eine „bisher nicht getümte Beschäftigung brachte, die sogar diejenigen in der Hochkonjunktur des Jahres 1900 übertagt.“ Im einzelnen wird mitgeteilt, daß in erster Linie die Bergwerksindustrie sich die elektrische Kraft zu Nutzen gemacht habe für den Antrieb von Fördermaschinen, Pumpenwerken und Ventilationsanlagen. Eine ähnlich günstige Einführung wurde erreicht in der Eisenindustrie, der Textilindustrie und vielen anderen Industriezweigen. Auch die Landwirtschaft habe es immer mehr verstanden, die Elektrizität in ihren Dienst zu stellen. Das Ausfuhrgeschäft habe sich wesentlich gehoben. Infolge der stärkeren Ausspannung habe sich die Arbeiterzahl von 72 500 auf 82 000 vergrößert und Hand in Hand damit seien Kapitalvergrößerungen und Erweiterungen der Betriebsanlagen gegangen. Der Bericht konstatiert aber, daß diesem Aufschwunge ein entsprechender Betriebsgewinn nicht gegenüberstehe. Die Rohmaterialienpreise seien durch die Kartelle allzu sehr in die Höhe getrieben worden. — Man wird den Wert dieser Klagen aber nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Herr Stinnes und Herr Thysen, die Macher des rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes haben kürzlich wieder eine weitere Erhöhung ihres Aktienkapitals um 20 000 000 Mt. beschlossen, um das Elektrizitätswerk „Berggeist“ in Prühl bei Köln, Anteile des Bergischen Elektrizitätswerkes in Solingen und Anteile zahlreicher Straßenbahnunternehmungen im Ruhrgebiet zu erwerben. Dieses, wie das unausgesetzte Bestreben dieser Herren, andere neue Werke zu gründen, deutet nicht darauf hin, daß sie sich schlechte Geschäfte versprechen.

Die Organisation der Großbetriebe, der Zusammensluß des Kapitals, geht weiter. Das genannte Elektrizitätswerk ist ja einer der jüngsten Belege dafür. Aber auch sonst herrscht nirgends Ruh. Der Graf Schaffgotsche Grubenbesitz in Schlesien soll in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Neuerdings schreben Verhandlungen über die Bildung einer „Preiskonvention der Eisenkonstruktionswerkstätten.“ In England hat sich ein Stahlrohrenverband gebildet, der zugleich einen Preisauflauf von vier Prozent vorgenommen hat, der Stahltrust der Vereinigten Staaten, der bekanntlich mit nahezu 1½ Milliarden Kapital arbeitet, will sein Kapital um 120 Mill. Mt. erweitern. Dahingegen scheint der Walzdrähterverband, von dem man eine Besserung der unledigen Verhältnisse erwartete, vor dem Zusammenbruch zu stehen.

„Wider den Materialismus.“

„Wenn der Fuchs den Enten predigt“. An dieses Sprichwort könnte erinnert werden, wer die Arbeitgeberzeitung — jenes von infarnalistischem Haß gegen alle Arbeitgeberstreben gerichtete Organ — in letzter Zeit verfolgt hat.

Da wird in spaltenlangen Artikeln betitelt: „Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?“ Moral geprägt. Wir stehen selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß ein gläubiger Arbeiter nie Sozialdemokrat sein wird, aber es wirkt mehr als komisch, diese Arbeitgeberzeitung im theologischen Gewand zu erblicken. Zum Luhprediger könnten wir uns in der Tat kein ungeeignetes Blatt denken als dieses, welches von der ersten Stunde seines Daseins den wüttesten Arbeiterklassenhaß geschürt hat.

Neuerdings versucht sich dieselbe Arbeitgeberzeitung im Kampfe: „Wider den Materialismus“, wobei sie den christlichen Gewerkschaften eine Standrede vorhält. Es heißt dort:

Die „Umschau“ unserer Nummer 11 hatte die Behauptung enthalten, daß die Verbreitung der materialistischen Weltanschauung als die eigentliche und letzte Quelle der unaufhörlichen, unter dem Sammelnamen „Arbeiterbewegung“ zusammenfassenden Angriffe gegen die bürgerliche Gesellschaft und insbesondere gegen das Arbeitgebertum anzusehen sei. Diese Bewerlung, die wir an genannter Stelle des näheren begründet und ausgeschildert haben, hat der „Kölnischen Volkszeitung“ und einigen anderen Blättern, die sich mit der publizistischen Vertretung der christlichen Arbeitersorganisationen befassen, Anlaß gegeben, eine gewisse Kritik unserer Stellungnahme vorzunehmen. Es werden einmal die christlichen Gewerkschaften als eine Ausnahme hingestellt und gegen den Vorwurf, Anhänger jener materialistischen Weltanschauung zu sein, in Schutz genommen, und es wird zweitens die Frage aufgeworfen, ob es sich denn etwa mit den Forderungen der Gerechtigkeit vertrüge, wenn ein Arbeitgeber ebenfalls als Materialist und Schornmacher auf dem Plan erschien.

Wir haben darauf folgendes zu erwiedern: Die „Kölnische Volkszeitung“ ist zweifellos im Recht, wenn sie behauptet, daß die Idee der christlichen Gewerkschaften diese vor jedem Vorwurf, materialistischen Unschauungen zu huldigen, schützt. Waren Idee und Wirklichkeit, Abicht und Ausführung überall dasselbe, so würden auch die christlichen Gewerkschaften ein festes Volkswerk gegen das Vordringen materialistischer Beseitigungsprozesse bilden, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die „Kölnische Volkszeitung“ sich in dem guten Glauben befindet, diese schöne, im christlichen wie im nationalen Sinne gleich verdienstliche Aufgabe werde von den christlichen Gewerkschaften in vollendeteter Weise gelöst. Leider aber verhindert uns die Nähe, aus der wir tagtäglich die Arbeitskämpfe der Gegenwart zu verfolgen gezwungen sind, dieser beruhigenden und angenehmen Vorstellung beizupflichten. Die Erfahrung zeigt, daß sich die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen den Arbeitgebern gegenüber vollkommen der gleichen Intransigenz befleißigen, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Arbeitgeberbewegung ist eben tatsächlich ganz und gar ins sozialdemokratische Fahrwasser geraten, und die christlich organisierten Arbeiter haben sich daran gewöhnt, im Gefolge der sozialdemokratischen Organisationen zu marschieren.

Sehr charakteristisch in dieser Hinsicht ist die jüngst in den Raumwollspinnereien Mülhausens ausgebuchene Arbeiterbewegung; nach authentischen Mitteilungen wird diese Bewegung insbesondere durch den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband

und keine Berliner Zeitung geschrifft. De- ^{ist} offizielle Legislativbeirat verhandlungen billige zwar das Vorgehen der Gewissen nicht in allen Punkten, wolle jedoch keinen Heil in die Bewegung hineinschieben. Das ist ein Beispiel für viele! —

Einer Armer gegenüber, die in all ihren Teilen ganz materialistisch denkt und handelt, ist es aber sehr schwer möglich, die motivative Abwehr nach idealistischen Grundsätzen erfolgen zu lassen. Kann etwa ein Fechter, dessen Gegner mit Keulen dreinschlägt, den Regeln vornehmster Fechtkunst treu bleiben? Die „Schlesische Volkszeitung“ versahrt vollkommen logisch und schlägt die hohe sittliche Stellung des Arbeitgeberiums ganz richtig ein, wenn zwischen dieser und einer, wie sie es nennt, materialistischen oder schamlosen Handlungsweise eine starke Gegenfähigkeit postuliert. Allein diese ideale Forderung begegnet oft starken Schwierigkeiten der Praxis. Die Arbeitgeber sind nicht Angreifer, sondern Angegriffene; sie müssen vielmehr die gleichen Waffen gebrauchen, mit denen ihr Gegner kämpfen, und sie müssen dies tun, nicht allein um ihre eigenen Erhaltung willen, sondern gerade im Interesse ihrer verbliebenen Feinde, die am eigenen Leibe den schwersten Schaden spüren würden, wenn ihnen nicht eine entschiedene Kampfweise der Arbeitgeber wieder Ruhe und Frieden und Arbeitsgelegenheit schaffen würde."

Ganz naiv und unverantwortet wird gesagt, die Arbeitgeber sind nicht die Angreifer, sondern die Angegriffenen. Von den 100 000 ausgesperrten Arbeitern weiß die Arbeitgeberzeitung schier nichts. Auch nicht, daß dieselben alle Arbeitshörderungen einfach ablehnen. „Wir verhandeln nicht.“ „Niemals werden wir die Arbeitersorganisationen als gleichberechtigt anerkennen“. Trotz alledem sind die Arbeitgeber die unschuldigen Lämmer, die kein Wässchen tröpfen können. Im übrigen glauben wir gerne, daß die Arbeitgeberzeitung besser auf die „Schlesischen“ zu sprechen wäre, wenn sie sich als Sturmbock gebrauchen ließen. Diese Gefälligkeit können wir ihr nun einmal nicht erzeigen.

Zum Heimarbeiterschutz.

Was lange währt, wird endlich gut. Hoffentlich trifft dieses alte Sprichwort auch auf unsere arme Heimarbeiter und Arbeitserinnen zu.

Die Heimarbeiterausstellung hat den Bann gebrochen, das öffentliche Gewissen geschärft; Staat und Gesellschaft mit Donnerstimme ihre Sünden der Vernachlässigung ins Gedächtnis zurückgerufen. Die gesetzgebenden Faktoren erinnern sich der Verpflichtung, auch für diese ausgebeutete ärmste Arbeiterschicht gezielten Schutz und Hilfe zu schaffen. Neben der sozialdemokratischen Partei, welche mit einem Antrag an den Reichstag herangetreten, ist ein Antrag, unterstützt von allen Parteien (außer der sozialdemokratischen) dem Reichstag zugegangen, welcher nach der St. Bzg. folgende Forderungen enthält:

Der Reichstag sollte beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1. möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie (Heimarbeit) vorzulegen, und zwar unter tunlichster Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: Das

1. auf Anordnung des Bundesrates oder, soweit dieser von seiner Vollmaut keinen Gebrauch macht, der Landeszentralbehörden oder der zuständigen Polizeibehörden die Gewerbetreibenden (einschließlich Zwischenmeister, Fabriken usw.), welche außerhalb ihrer Arbeitsstätten Personen mit der Unfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigen, verpflichtet sind, ein Verzeichnis dieser Personen (Name, Geschlecht, Wohnort, Wohnung, Arbeitsstätte, falls es jugendliche Personen unter 16 Jahren sind, Angabe des Lebensalters), zu führen und regelmäßig der Ortspolizeibehörde oder einer von dieser bezeichneten Meldestelle mitzuteilen;

2. soweit Wohnbücher für die Heimarbeit eingeführt werden (Gewerbeordnung § 114a); entsprechend den Rubriken der Wohnbücher über die gegebenen Arbeitsaufträge Buch geführt und dieses den Amtsstabsbeamten auf Verlangen vorgelegt wird;

3. die Gewerbeaufsicht (Gewerbeordnung § 139b) auf die in der Heimat beschäftigten Personen ausgedehnt und möglichst durch besondere Beamte, auch weibliche, ausgeübt wird;

4. auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten die Polizeibehörden befugt sind, zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten oder der Konsumenten oder der Sittlichkeit im Wege der Verfügung für einzelne Arbeitsstätten Vorschriften zu erlassen oder die Beschäftigung von besonderen Bedingungen abhängig zu machen oder auf zeitweise zu untersagen;

5. der Bundesrat oder, falls dieser von seiner Berechtigung keinen Gebrauch macht, die Landeszentralbehörden oder die zuständigen Polizeibehörden befugt sind, im Wege der Befordnung solche Vorschriften (Biffer 4), sei es allgemein, sei es für bestimmte gewerbliche Zweige oder Bezirke, zu treffen;

6. den jugendlichen Personen und Arbeitern, soweit ihnen nicht schon durch das Kinderschutzgesetz von 1903 oder durch die Gewerbeordnung (§ 135 bis 139a, 154) ein weitgehender Schutz gesichert ist, die Sonntags- und Nacharbeit (von abends 10 bis morgens 6 Uhr verboten ist).

7. dem Bundesrat das Recht gegeben wird, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet wird, die Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit auch für die Kinderjungen vorzuschreiben, sowie solche Arbeiten, welche mit besonderten Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen;

8. den Arbeitgeber es untersagt ist, die für Fabriken und Werkstätten festgesetzte Arbeitszeit (Gewerbeordnung §§ 135 bis 139a, 154) dadurch zu umgehen, daß den Arbeitern Arbeit nach Hause mitgegeben wird;

9. für solche Bezirke, in denen die Hausindustrie stark vertreten ist, Schulkomitees als Hilfsorgane der Gewerbeaufsicht gebildet werden;

10. die Gewerbeberichte allgemein und auch dann für zuständig erklärt werden, wenn die Hausgewerbetreibenden die Röhröffnungen selbst liefern (Gewerbeaufsichtsgesetz § 5);

11. für den Fall der Errichtung von Arbeitskammern gesonderte Abteilungen für die Hausindustrie (Heimarbeit), insbesondere auch zur Förderung von Tarifverträgen gebildet werden;

12. die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung tunlichst ausgedehnt wird.

II. auf Grund des § 154 Absatz 3 und 4 der Gewerbeordnung die Arbeiterschutzbestimmungen (Gewerbeordnung § 135a bis 139b) tunlichst auf alle Werkstätten der Hausindustrie auszudehnen.

Berlin, den 16. März 1906.

Dr. Hize, Frhr. Henzl zu Herrnsheim, Graf v. Arnim, Bassermann, Dr. Burkhardt, Prinz Heinrich zu Schönburg-Carolath, Delpr, Dietrich, Gamp, Giesberts, Grüber, Henning, Dr. Frhr. v. Hettling, Malfetis, v. Derzen, Graf Orla, Dr. Pachnicke, Pauli (Oberbarnim), Dr. Porzig, Fürst Radziwill, Frhr. v. Riebenhof-Damsdorf, Schack, Dr. Stöckel, Stiel, Trieborn, Dr. Wondeschert, Dr. Wolff.

Ganz besonders dürfte großen Wert darauf zu legen sein, daß die Herren Fabrikanten ihre Arbeiter dadurch noch zu Heimarbeitern machen, indem sie nach Feierabend noch Arbeit mit nach Hause geben. Diesem groben Unzug sollte an erster Stelle gesteuert werden.

Am meisten haben die Vertreter der Heimarbeiter stets Wert gelegt auf Festlegung eines tatsächlich Wohlstandshanes, hoffentlich wird diesem schwierigsten aber auch bedeutsamsten Punkte die genügende Beachtung geschenkt.

Mit der Lage der Zinkhütten-Arbeiter

haben wir uns schon wiederholt beschäftigt; leider sind dieselben für die gewerkschaftliche Organisation am schwiersten zugänglich. Bei den miserabelsten Verhältnissen für die Arbeiter erzielt gerade die Zinkindustrie die horrende Gewinne für die Unternehmer. So hatte noch vor einigen Wochen die Generalversammlung der Aktionäre der „Rheinisch-Massauischen Gesellschaft“ (Stolberg) sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man die überflüssigen Millionen am zweckentsprechendsten verwende. Zugleich verteilt 24 Prozent Dividende leidet die Gesellschaft an Geldüberfluss. Ein Aktionär beantragte deshalb, in den nächsten Jahren die zur Verfügung stehenden Millionen zur Tötigung des Aktienkapitals zu verwenden, sodass die Herren Aktionäre in einigen Jahren vielleicht ihr ganzes Kapital rückvergütet und trotzdem noch im Besitz der alljährlich nur circa 20 Prozent Dividende abwerfenden Aktien wären. So was nennt man ein Geschäft.

Beträctet man diesen glänzenden Verhältnissen der Unternehmer gegenüber die Lohnverhältnisse der Arbeiter, so ergibt sich ein trauriges Bild. Gerade bei der vorhin geschilderten Gesellschaft ist uns bekannt, daß Stahlschmelzer noch vielfach Überstunden machen, und dies noch im Sommer, wo infolge der Siedehölze an den Zinköfen die Arbeiter nach Beendigung ihrer Normalschicht vollständig abgespannt sich nach Hause schleppen. Bei den Arbeitern an

den Zinkhütten-Rößöfen haben wir Löhne von 3,5 Mark bis 3,80 M. konsolidieren können. Dabei ist die Arbeit an den Rößöfen derart, ungefähr und aufreibend, daß der Arbeiter durchschnittlich sehr früh ausgetrieben ist.

Beim Streik auf der Zinkhütte Münsterbusch schiede die Direktion sich nicht, einen Lohn von 2,40 M. für die Hüllsarbeiter an den Zinköfen als ausreichend zu erklären. Infolge des Streiks ist derselbe aber doch auf 3 Mark in die Höhe gekommen. Die niedrigen Löhne in den schlesischen Zinkhütten sind albelannt, ebenso, daß infolge der niedrigen Löhne noch vielfach Frauen auf den dortigen Zinkhütten beschäftigt sind. Dafür werden die Betriebe auch 15, 16, bis 20 Prozent Dividende an die Aktionäre ab.

Bei der Arbeit in den Zinkhütten kommt zuerst in Betracht, daß dieselbe eine schwere, anstrengende und durchweg ununterbrochene ist, dazu kommen die misslichen Verhältnisse in hygienischer Beziehung, große Hitze, von Staub und Gasen durch schwärzende Luft usw. Das Bewegen schwert Menschen, wie bei Erze, des Heizmaterials und des festigen Zinks, das Hantieren mit den eisernen, bis zu 20 Kilogramm schweren Gezähne spannt die Leistungsfähigkeit der Muskulatur außerordentlich an und sind hierauf zum Teil die unter den Zinkhüttenarbeitern sehr häufig vorkommenden Kreuzfräserzurzeln zurückzuführen. Die Handhabung des schweren, eisernen Werkzeugs übt auf die Hände einen sehr schädlichen Einfluß aus. Durch die steile Dachwirkung des Eisens entsteht auf den Handflächen eine dicke harte Hornhaut, sodass man vielleicht sagt, der Zinkarbeiter kann auf den Händen gehen. Die Arbeit an den Zinköfen geht 7—8 Stunden ununterbrochen durch, kaum, daß die Arbeiter eben Zeit haben, ein Butterbrot zu verzehren. Die enorme Hitzeausstrahlung der Zinköfen, die große Menge von Hüttenrauch, Staub und Gasen, machen eine möglichst starke Ventilation erforderlich. Dazu nun dies in der natürlichen Weise dadurch gegeben ist, daß die Türen und Fensteröffnungen verschlossen gehalten werden, so ist der bei der Arbeit nur mit Hose und Kittel bekleidete und trotzdem infolge der Hitze und körperlichen Anstrengung im Schweiß gebadete Arbeiter permanent den intensivsten Zugriff ausgesetzt. Es gibt wohl kaum eine zweite industrielle Betriebsart, bei welcher der Arbeiter so sehr rheumatischen Schmerzen ausgesetzt sind, wie beim Zinkhüttenbetrieb, infolge der vorhinken geschilderten Verhältnisse. Die in den Hüttenterrassen herrschenden Zinkdämpfe, (Gifte) sowie ständiger Rauch und Staub zehren die Gesundheit des Zinkarbeiter frühzeitig auf. Schon viele Arbeitet leiden in den 30er Jahren an ständiger Asthma. Unverheerendsten wirken auf die Gesundheit die Schweißdämpfe an den Bleierößöfen. Zurzeit befürchte mal der Herr Gewerbeinspektor eine Stolberger Zinkhütte. Beim Betreten der Rößhalle erklärt der Herr wörtlich: „Hier geht ja noch ein Bißaput.“ Es wurde auch streng verordnet geschafft, aber nach einigen Minuten war die Geschichte wieder beim alten, infolge der mangelschaften Organisation der in Frage kommenden Arbeiter. Die Nebenjahr war durch den christlich-sozialen Metallarbeiterverband veranlaßt. Bei den Revisionen werden die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht selten getäuscht. Wenn auch vorher dämpft, daß einer den andernktum sieht, daß die Arbeiter fast ersticken, sobald der Gewerbeinspektor gemeldet ist (was meist telefonisch mit Blitzeisen durch den ganzen Bettelgrichtieht), heftig Frühlingsschlaf im Hüttenraum, um, sobald der Gewerbeinspektor außer Gefahr ist wieder die alte Dämpferei loszugehen zu lassen.

Bei Revision der Zinköfenhallen brachte eine Arbeiter (Heizer) es fertig, die Lust abzustellen für die Zeit daß der Besuch anwesend war. Der Betreffende wurde später Meister. — Durch die Metallzynde sowie den in den Hüttenräumen niederschlagenden Asphaltrückstand wird die Haut der Arbeiter verunreinigt, und verschließen sich hierdurch die Ausführungsgänge der Schweiß- und Talgdrüsen, verunreinigen selbst ganz geringe Verletzungen und geben hierdurch zu den genannten Betriebsleiden der Zinkhüttenarbeiter Anlaß. Auch noch nach Beendigung der eigentlichen Schicht hat der Arbeiter durch das Zerkleinern der Vorlagen unter der Einwirkung des Zinkstaubes zu leiden. Einzelne Zinkhütten haben das Zerkleinern durch die Arbeiter abgeschafft und werden hier die Vorlagen gemahlen. Es wäre angebracht, daß das Vorlageholz fürziger Hand durch Verfüllung der zuständigen Behörde als unter den Begriff des Paragraphen 3 des Zinkhüttengegesetzes fallend, erklärt würde. Dann hätte diese mancher Hinsicht auf die Gesundheit der Arbeiter nachteilige Nebenarbeit ein Ende.

Betreffs der Arbeitszeit wäre vor allem zunächst unbedingt notwendig, die Abschaffung der 24-Stundenschicht. Auf der Zinkhütte in Hamborn kennt man für die Heizer nur die 8stündige Schicht, und zweitdem ist dieses Werk noch gut rentabel. Bei einer kürzeren Arbeitszeit ist der Arbeiter auch im Stande, rationeller tätig zu sein. Zum Schlus sei noch erwähnt die leidige Sonntagsarbeit, welche in erster Linie mit dazu beträgt, den Zinkhüttenarbeiter besonders stupide zu machen, ihn auf einen dieser Bildungsgrade zu halten.

Ob Weihnachten, ob Ostern, oder Pfingsten, der Zinkhüttenarbeiter wird angespannt an schwerster Arbeit in dumpfer Hütte. Wie die Sonntagsarbeit getrieben wird, dafür liefert die vom christl.-soz. Metallerbeiterverbande an den deutschen Reichstag eingereichte Petition ein krasses Beispiel. Die Petition führt nämlich aus, daß am 2. Weihnachtstage des Jahres 1903 auf der Zinkhütte Mühlbach die Kreienleserinnen!! Arbeiterinnen von 15 bis 17 Jahren arbeiten müssten, trotzdem diese Arbeit sich gerade so gut zurücksstellen ließ bis nach den Feiertagen, wie der Fuhrmann sein Pferd Sonntags im Stalle hält.

Wie wir bereits vor einigen Wochen im „Metallerbeiter“ berichteten, wird die Petition von erfreulicher Erfolge für die Arbeiter begleitet sein. Demnächst wird die Petition im Plenum des Reichstages zur Verhandlung kommen, nachdem sie in der Petitionskommission mit großer Mehrheit als zur Berücksichtigung für den Reichskanzler angenommen wurde.

Im Vorstehenden glauben wir ein kurzes Bild der traurigen Verhältnisse für die Zinkhüttenarbeiter gegeben zu haben. Zu diesem kommt noch die manchmal ganz willkürliche und rigorose Behandlung. Der Käfernanhof von kann nicht selten als Sabotage bezeichnet werden gegenüber der Art, wie oft jüngere Beamte mit älteren Leuten umspringen. Ist der Arbeiter schon in den 40er Jahren, (also im besten Mannesalter), so ist er in der Regel schon steif gearbeitet, dazu kommen dann noch die sonstigen vorhin geschilderten Verhältnisse. Die Arbeit klappt nicht mehr wie bei jüngeren Leuten und Ehrentitel wie: Gaulenzer, Drückeberger, sind keine Seltenheit. Wir stellen nun die Frage: Sind diese Missstände für die Zinkhüttenarbeiter nicht zu beheben? Dabei erinnern wir uns an das Wort eines bekannten Parlamentariers, der in Bezug auf die Verhältnisse in der Zinkindustrie öffentlich erklärte: „Eine Industrie, die nicht dem in derselben beschäftigten Arbeiter menschenwürdige Verhältnisse ermöglicht, hat keinen Anspruch auf Existenz.“ Die Zinkindustrie ist für die Aktionäre, welche von den Leiden der in der Industrie beschäftigten Arbeiter nichts verstanden, hörrende Gewinne ab. Die Industrie ist also auch im Stande, den Arbeiter bessere Verhältnisse zu ermöglichen. Um dies zu erreichen, ist aber die Mitarbeit der Arbeiter selbst erforderlich. Durch

Beitritt zur Organisation, durch Opfermut sollen die Arbeiter zeigen, daß sie selbst das menschenwürdige ihrer bisherigen Lage erkannt haben und jetzt aber auch gewillt sind, mit aller Energie an der Besserung ihrer Lage, an der Hebung ihres Standes zu arbeiten. Der christl.-soziale Metallerbeiterverband hat bewiesen, daß er für Besserung der Verhältnisse der Zinkhüttenarbeiter mit Erfolg tätig ist. Pflicht aller Zinkhüttenarbeiter ist es deshalb, einzutreten in den christl.-soz. Metallerbeiterverband.

Die Gärung unter den Hüttenarbeitern im Saarrevier.

Die niedergedrückteste Arbeiterklasse unter allen Arbeiterverbänden sind die Walzwerk- und Hüttenarbeiter im allgemeinen, diejenigen im Saarrevier aber im besonderen, wo der Stummische Geist noch seine Wirkung ausübt. Das Fortschreiten der ganzen Arbeiterbewegung könnte natürlich auch an diesen Arbeitern nicht spurlos vorübergehen und so sehen wir seit dem letzten Jahre auch auf großen Hüttenwerken Bewegungen, welche in früheren Jahren geradezu undenkbar waren. Auch der Hüttenarbeiter rüttelt an seinen schweren massiven Sklaventreppen, welche ihm ein feudaler Kapitalismus gemiedet und ihm jede freiheitliche Bewegung und Selbstbestimmung raubte.

Über es ist das erste impulsive Herwirbrechen des Augenblicks, der Glaube, als könne mit einem Auf alles abgeworfen werden, was ein Menschenalter hindurch gefühlt wurde. Es fehlt vielfach noch die klare Erkenntnis, die geistige Schulung, die moralische Kraft der Schertlichkeit und Ausdauer, welche notwendig sind, um zum Ziele zu gelangen. Deshalb haben wir an so vielen Stellen nach dem plötzlichen Auftauchen wieder die Verzagtheit und Gleichgültigkeit bei den Hüttenarbeitern zu verzeichnen.

doch darf dieses nicht entmutigen; ein Baum fällt nicht auf den ersten Schlag. Opfer müssen erst gebracht werden; so hat die Bewegung überall ihre Opfer gefordert, und so wird es auch im Saarrevier nicht anders sein. Hoffentlich finden sich dort eine Reihe mutiger opferbereiter Männer, um der Freiheit eine Gasse zu bahnen. Auch selbst auf die Gefahr hin, anderwärts sich mal Arbeitsgelegenheit suchen zu müssen. Tausende und Beihausende von Arbeitern sind jahraus, jahrein gezwungen, weite Fahrten zur Arbeitsstelle zu machen oder ihr Domizil zu wechseln. Das Ziel, sich selbst und der Arbeiterschaft die Organisationsfreiheit und damit das Mitbestimmungsrecht in Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu schaffen, ist das Opfer wert.

Über die letzten Vorgänge im Saargebiet schreibt die Saarpost den Hüttendirektoren ins Stammbuch:

Noch erst sind es wenige Wochen, seit sich das Grab über einem Manne geschlossen hat, dessen Verstand und Herz, wonit er die Arbeiter der Burbacher Hütte in Weisheit und Güte geleitet hat, bis in den Himmel erhoben wurde, und man Leben schon seit vierzig Jahren Hüttenverwaltung und Belegschaft in der größten Ausprägung, und mit ihnen die ganze Wirtschaft. Es scheint, daß mit dem Mann der gute Geist der Burbacher Hütte gewichen ist und nun bitterböse Briten kommen. Über den Arbeitern schwiebt das Dunkelschwert der Arbeitsfluchtigung. Jeder Tag bringt die Meldung: „Es ist schon wieder Arbeitern gekündigt worden.“ Warum denn? fragt sich jeder. Es sind Arbeiter, welche 20, 30 Jahre im Dienste standen und ergrauten in schwerer, harter Arbeit. Warum werden die Leute und deren Familien brotlos gemacht und der Not preisgegeben, Leute, denen Dank und Anerkennung, Lob und Auszeichnung nicht nur gebührten, sondern vor kurzem von der Verwaltung auch zuteil wurden. Warum das unerhörte Vorgehen der Verwaltung? Antwort: Ein Teil der Arbeiter hatte das Verbrechen begangen, das schreckliche, sich der christlichen, nationalen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Wie furchtbar!

Eine wahre Panik scheint die Stunde hervorgezogen zu haben auf dem Bureau und unter den Meistern. Während die Wächter schlafen, säte der Feind Unkraut. Das Werk ist in seinem Fundamente erschüttert, der Gehorsam hört auf, die fremden Heizer stören den schönen Hüttenfrieden, Lohnerhöhung, Herabsetzung der Arbeitszeit und wie die Forderungen alle heißen, stehen wie nächtliche, finstere Gespenster vor den Hüttentoren. Dividenden, Tantzen, Gehälter, alles wird jetzt bald aus hören. Gerechter Himmel, erbarme dich!

Ist es denn wirklich so schlimm! Die Verwaltungen der Hütten sollten sich doch darüber klar sein, daß die christlichen Gewerkschaften gar keinen Gegensatz der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber wollen und anstreben, sie bekämpfen gerade die Sozialdemokratie wegen des Klassenhauses und wollen verhindern, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter eine unüberbrückbare Kluft sich öffnet. Begrüßen sollten die Hüttenbesitzer und die Verwaltungen die christlichen Gewerkschaften und nicht der Fahne des falschen Propheten in der Saarbrücker Handelskammer folgen.

Es soll den Verwaltungen kein Vorwurf gemacht werden in der Führung ihrer Geschäfte, aber in dem Punkte der Gewerkschaftsbewegung fehlt der weite Blick. Über dem heiligenden Glauben an die bisherige autokratische Machtstellung und zugleich in der unberechtigten, beengenden Furcht vor der Machterweiterung der Massen scheinen die gesunden Sinne zu schwinden. Man ist in einer Anschauung, welche vor 40 Jahren noch passieren konnte, heute aber als Rückständigkeit erklärt werden muß. Auch eine Verwaltung kann rückständig sein. Hat die Burbacher Hütte durch die Maßregelung der organisierten Arbeiter in Überschätzung ihrer Macht gehandelt, so ist das blinder Eifer und schadet nur. Eine Bewegung, wie die Organisation der christlichen, nationalen Arbeiter, ist nicht mehr aufzuhalten, selbst wenn die Hütten ein hilfes Fahr die „Bude schließen“ und Beamte und Meister nach Rußland zum Bäterschen schicken wollten, um zu lernen, wie man die Rebellen behandelt. Da arbeiten so patente Leute an der Organisation in staatserhaltendem Interesse, daß diese Bewegung nicht mehr zum Stillstehen kommt. Das geht vorwärts, nicht zum Schaden des Staates, und auch nicht der Industrie. Die Verwaltung hat doch gesehen, wie erbärmlich die Versammlung der „Gretener“ am letzten Sonntag verlief, ohne Begeisterung, ohne neue Ideen. Es fehlt das Gefühl der eigenen Kraft den Getreuen. Singen in der Versammlung der Gewerkschafter wehte ein frischer Wind und verhalf dem Rechte über die Gewalt

wenn sie die Organisation nicht duldet, so kennt sie die christlich-soziale Bewegung nicht und ein blöcher mehr Studium der sozialen Frage könnte nicht schaden.

Es wäre den Hüttenverwaltungen im Saarrevier ein Leichtes, ihre christlichen Arbeiter, welche tatsächlich noch treu sind, zur segensreichen Mitarbeit für die Wohlfahrt ihrer Fabriken zu gewinnen. Lasse man die Arbeiter sich christlich, national organisieren, und tu sie aus eigenem Antriebe einen Werkausschuß, nicht bloß einen Werkverein mit Uniform, und Fahne in's Leben, lasse aus jedem Betrieb zwei Männer durch die Mitarbeiter frei wählen in diesen Ausschuß, mit Jubel würde das aufgenommen. Bei einem Entgegenkommen der Verwaltungen könnten alle Klagepunkte erörtert und erledigt werden ohne Streitgefahr und Verfall der Disziplin. Die Arbeiter vertragen es nicht mehr, in allem bevormundet zu werden, sowohl in wirtschaftlicher, als besonders in politischer Beziehung und dazu noch von Meistern, welche an Intelligenz und Charakter den Arbeitern selten „über“ und nicht immer gleich sind. Wenn die Arbeiter andere Ansprüche bezüglich der Behandlung stellen, so ist das ein Zeichen von Bildungs- und Kulturstreit, welchen man begrüßen soll. In den Ausschüssen könnten die Arbeiter über manches aufgeklärt werden, ebenso wie die Verwaltungen seitens der Arbeiter, bei den Arbeitern könnte viel Anger und Missbehagen durch diese Aufklärungen beseitigt werden und manche Klagen kämen zu den Ohren der höheren Vorgesetzten, welche von den unteren Bramen aus Liebedienerei verschwiegen werden.

Seien die Verwaltung der Burbacher Hütte und mit ihr die anderen Werke einmal ehrlich gegen die Arbeiter und sagen sich: was wir als Arbeitgeber schon lange getan haben, das können wir den Arbeitern nicht verübeln, und was alle Stände tun, darf auch dem Arbeitervolk nicht verwehrt werden, und was das Gesetz ihnen gestattet, wollen wir nicht als etwas Verbrecherisches bestrafen.

Wenn die Arbeiter nun noch erfahren, daß bei ihrer Entlassung es ihnen unmöglich gemacht ist, auf anderen Hütten im Saarrevier angelegt zu werden, wenn so eine Koalition gegen den Arbeiter besteht, dann rede keiner dem Arbeiter von den großartigen Wohlfahrtseinrichtungen und von der Fürsorge der Hüttenverwaltungen, es wird ihm als Lohn erscheinen, und nicht als Ersatz für seine Entziehung. Der Arbeiter hat das Recht, über Ehre, Freiheit und Gleichheit ebenso zu denken, wie andere Menschen. —

Hoffentlich erkennen nun unsere Kollegen im Saarrevier, daß nur die Organisation im christlichen Metallerbeiterverband ihre unwürdigen Verhältnisse zu beseitigen vermag. Über erste Grundbedingung ist Mut und Ausdauer.

Die Verwaltung der Burbacher Hütte, welche circa 5000 Arbeiter beschäftigt, hat jetzt entdeckt, was die Arbeiter, welche sie wegen ihrer Zugehörigkeit zum christlich-sozialen Metallerbeiterverband ohne Kündigung entstellt, verbrocken haben: die Leute sollen ihre Mitarbeiter gegen die Hütte „aufgehetzt“ haben. In einer Bekanntmachung des Generaldirektors, die in allen Betrieben des Werkes angeschlagen ist, heißt es zunächst, es sei in maßloser Weise gegen die Hüttenverwaltung gehetzt worden. Dann wird den Arbeitern für den Fall der Beteiligung an den „Hegereien“ und „Agitationen“ sofortige Entlassung und Entziehung der bisherigen jährlichen Spenden der Hütte an die Arbeiterschaft angeordnet. Wörtlich heißt es:

An unsere Belegschaft!

„Es ist in den letzten Wochen von gewisser Seite in maßloser Form unter unseren Arbeitern gegen die Hütte gehetzt worden. Dabei sind eine ganze Menge von Behauptungen über die Hüttenverhältnisse aufgestellt worden, welcher jeder mit den Verhältnissen vertraute als unvollständig erkennt. Es ist selbstverständlich, daß Leute, welche unvölkige Anschuldigungen gegen die Hütte erheben und ihre Mitarbeiter dadurch anscheinen, nicht auf der Hütte in Arbeit bleiben. Ich werde unmissverständlich jeden aus dem Arbeitsverhältnis entlassen, der sich in dieser Weise gegen die Hütte wendet. Der Hüttenmann ist ebenso gut wie der Meister und Beamte dazu berufen, bei seiner Arbeit das Interesse des Werkes wahrzunehmen, und ich kann bei denen, welche so verleumden, nicht mehr annehmen, daß sie diese ihre selbstverständliche Pflicht erfüllen werden. Ich verwerne daher unsere Leute nachdrücklich vor der Teilnahme an solchen Agitationen. Die Verwaltung hat bisher ihren Leuten gegenüber großes Wohlwollen berei-

für, dieselben u. a. mit jährlichen Spenden bedacht, wie sie in der ganzen industriellen Welt selten sind. Sie wird von diesen Beweisungen künftig absehen müssen, wenn ihr die Belegschaft in größerer Anzahl in der geschilberten Weise gegenüberstehen sollte. Burbacher Hütte, den 15. März 1906. Der Generaldirektor Weishoff.

Man vermisst hier nur die Angabe, welche ungewöhnlichen Behauptungen aufgestellt wurden und worin die hege bestehen soll.

Die 17 entlassenen Mitglieder unseres Verbandes erklären nun ihre Arbeit auf der Hütte sei so schwer gewesen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, auf der Arbeitsstätte sich mit ihren Kameraden in längere Gespräche einzulassen. Deshalb könnten Gehreden gegen die Hütte dort nicht vorgekommen sein. Außerhalb der Hütte hätten sie allerdings auf Wunsch ihrer Mitarbeiter Auskunft über die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gegeben. Daß die Zugehörigkeit der Arbeiter zum christlich-sozialen Metallarbeiterverband der Hüttenverwaltung tatsächlich Grund genug war, um die Leute zu entlassen, beweist klar und deutlich der folgende Fall. Einem Arbeiter wurde die Entlassung angebracht; dabei bedeutete man ihm aber, er möge sich vom dem Leiter der Zahlstelle des Verbandes befreien lassen, daß er aus dem Verbande ausgetreten sei, dann wolle man von der Maßregel Abstand nehmen!

Auf der Burbacher Hütte wagte bisher kein Arbeiter, von seinen Rechten zu reden, aus Furcht, als Unzufriedener angesehen und entlassen zu werden. Die Verwaltung befürchtet nun, daß die Arbeiter durch die Organisation sich zu einem Machtfaktor emporschwingen und dadurch zur Wahrung ihrer Rechte befähigt werden könnten. Das würde der bisher unbeschränkten Selbstherrschaft der Hüttenherren einen argen Stoß verjagen, und deshalb ist die Agitation für die Arbeiterorganisation in ihren Augen eine „Heze gegen die Hütte“, die diese mit Entlassung und Entziehung der „Wohltaten“ zu bestrafen droht. Die Drohung, die bisher üblichen fehlhaften Spenden in Wegfall kommen zu lassen, läßt ja recht erkennen, daß diese „Wohltaten“ für die Hüttenverwaltung ein Mittel sind, um das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter zu ihr intensiver zu gestalten. Daß die Arbeiter das nicht fühlen sollten, können höchstens Vertreter des „patriarchalischen“ Systems annehmen, die von dem Arbeiter noch Dankbarkeit verlangen für scheinbare Wohlthaten, die aber in Wirklichkeit nicht anders sind als Eslavenketten, womit den Arbeitern jede freie selbständige Regung und Willensfreiheit erdrückt wird.

„Vor dem Eslaven, wenn er die Kette bricht,
Vor dem freien Mann, erzittere nicht!“

Deshalb, Metallarbeiter vom Saargebiet, Hofft doch und Mut gesäßt; einmal kommt der Tag, wo auch die eisernen Eslavenketten der Metallarbeiter im Saargebiet gebrochen werden. Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband mit Hunderten und Tausenden, damit brecht ihr „der Freiheit eine Gasse.“

Die „Metallarbeiterzeitung“,

Organ unserer feindlichen „Brüder“ des sozialen Verbandes, hat es uns org „krum“ genommen, daß wir die Rede Giesberts, — über die Lage der Hüttenarbeiter — gebracht, dagegen die des Abg. Huse übergegangen haben.

Zu gleicher Zeit brachte aber die Metallarbeiterzeitung nur die Rede Hues. Wir haben es der selben gar nicht übel gewonten, daß sie Giesberts Rede nicht brachte, sondern fanden es so ziemlich selbstverständlich. Wir könnten aber auch nicht wissen, daß die Metallarbeiterzeitung und Herr Reichstagsabgeordneter Hue, auf die Veröffentlichung unsererseits so großen Wert legten.

Kollegial, wie wir nun einmal angelegt sind, machen wir einen Vorschlag zur Güte:

Die Metallarbeiterzeitung mög in Zukunft die Rede des Reichstagsabgeordneten Giesberts veröffentlichen, dann werden wir uns, das sich scheinbar zurückgesetzte führende Herrn Huse annehmen.

Auf diese Art glauben wir am besten, den häuslichen Frieden unter den Metallarbeitern zu fördern.

Einer diesbezüglichen Rückäußerung sehen wir daher mit Vergnügen entgegen.

Der verlogene „Borkwärts“.

Das Hauptorgan der Sozialdemokratie entlädt sich nicht, die Behauptung zu verbreiten:

Die Direktion der Siemens Schuckert-Werke zu Nürnberg habe den „christlichen und Christ-

Dunkerschen 6000 Mark überwiesen, um nach Art der bekannten gelben Gewerkschaften den anderen Organisationen entgegenzuwirken“

Wir erklären diese Behauptung als einen plumpen Schwund und Verleumdung. Die „Christlichen“ haben die Gelder der Fabrikanten und Direktoren nicht notwendig, nehmen auch keine an. Die christlichen Führer spielen auch nicht den „Provisionsmäster“ a la Sendler und Gewissen, vom freien Metallarbeiterverband.

Aber derselbe freie Metallarbeiterverband war es, welcher bei der Schlägertarifbewegung in Nürnberg von den Arbeitgebern sich mit 6000 Mark abpeisen ließ, und dieselben schmunzelnd eintrich.

Wie sagte doch der alte Fritz!?:
„Mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.“

Zur Hausagitation!

Welchen Erfolg eine planmäßig betriebene Hausagitation haben kann, zeigt ein Bericht der Zahlstelle Bischolt des christlichen Textilarbeiterverbandes. 230 Neunaufnahmen haben die dortigen Kollegen erzielt. Sie hatten aber auch gründliche Vorarbeiten dazu getroffen und keine Mühe und Arbeit gespart.

In einer Vorstandssitzung wurde die Stadt in 15 Reviere eingeteilt. Der von 2—4 Vertrauensleuten bediente Stadtteil bildete jedesmal ein Revier. Bevor nun die Agitation in einem Revier einzog, wurde regelmäßig vorher eine sogenannte Revierversammlung abgehalten. Die in großer Form kommenden Vertrauensleute hatten ihre Mitglieder vorher, durch extra zu diesem Zweck gedruckte Handzettel, persönlich zu einem der nächstgelegenen Orte eingeladen. In der Versammlung wurde dann ein Vortrag gehalten über die momentanen Zeithverhältnisse, die Entwicklung der Organisation und über die Notwendigkeit der Mitarbeit sämtlicher Kollegen bei der Agitation. Nach dem Vortrage erfolgte in der Regel eine Diskussion. Dann wurde an die Kollegen appelliert und zur Meldung von Freiwilligen, die bereit wären, mit den Vertrauensmännern auf Hausagitation mitzugehen. Es meldeten sich stets genug, sodass jedem Vertrauensmann zwei bis drei besonders gewollte Kollegen zugewiesen werden konnten. Sie erhielten vom Vorstand Aufnahmzettel und Flugblätter ausgehändiggt und gleichzeitig wurde festgelegt, wann die Agitation beginnen sollte. Den übrigen Kollegen wurde dringend ans Herz gelegt, während der Zeit, in der die Hausagitation stattfand, mit ihren unorganisierten Mitarbeitern, Bekannten und Nachbarn mehr wie sonst über Organisation zu sprechen, zur Unterstützung der Agitation.

Daraufhin der oben mitgeteilte, großartige Erfolg, der auch unsere Kollegen zur Nachahmung anspornen muss. Allen Zahlstellen, wo es noch nicht geschehen ist, empfehlen wir Vorstehendes zur dringenden Anerkennung. Die Vorstände müssen sofort an die Arbeit herangehen. Werden die überall ihre Pflicht tun, so werden unserm Verband Tausende neuer Kollegen zugeschaut werden.

Aus der edlen Streitbrecherzunft.

Die Arbeitswilligen erfreuen sich ja in manchen Kreisen einer besonderen Beliebtheit. Was aber für moralisch verkommen Elemente darunter sind, hat sich schon oft gezeigt.

In München wurde jüngst ein armes, von ihrem Manne verlassenes Weib, Mutter von zwei Kindern, zu drei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie ihr Kind angehalten hatte, aus grenzenloser Not natürlich, ohne Geld Eßwaren zu erhalten. Der Mann aber, der seine Familie verlossen und mit einem anderen Frauenzimmer angebändelt hat, ist ein Streitbrecher, der auch noch bei dem letzten großen Kampf in der Münchener Metallindustrie dem Unternehmertum Rausreißerdienste geleistet hat.

In Weissenfels wurden vor einiger Zeit mehrere von denselben Sorte zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie fortgesetzten Massendiebstahl fertiger Schuhwaren begangen hatten. Einen wahren Streitbrecher, der beim letzten Textilarbeiterkampf in Thüringen sogar den Agenten gemacht hatte, hat vor einigen Wochen das Landgericht in Freiberg wegen Diebstahl, Betrug usw. zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Siedlung unter Polizeiaussicht verurteilt. Christliche Menschen rüten weit ab von solcher Gesellschaft.

Die Konkurrenz der ausländischen Arbeiter

hat der Arbeiterschaft schon schweren Schaden gebracht und bildet auch ein schweres Hemmnis für die Gewerkschafts-Organisation. Es wäre ja nichts dagegen einzurichten, wenn diese Arbeiter hinzugezogen würden, wenn einheimische Arbeitskräfte nicht zu haben wären oder zu gleichen Löhnen bezahlt würden. Doch oft ist das Gegenteil der Fall. Die Unternehmer schleppen diese Arbeiter herbei, wenn Arbeitskräfte in eigenen Landen genug zu haben sind; sie verfolgen damit mehrfache Zwecke. Zunächst brauchen sie diesen Arbeitern weniger Lohn zu bezahlen und halten auch gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen, der Reservearmee auf der Höhe. Je größer aber das Angebot, um so niedriger die Löhne, um so wehrloser ist der Arbeiterstand. Auch daß die ausländischen Arbeiter sehr schwer für die Organisation zu gewinnen sind, ist den Unternehmern sehr wohl bekannt und macht ihnen die Ausländer noch besonders angenehm. Außerdem wird wieder über einen riesigen Zustrom ins Ruhrgebiet berichtet. Daß wir auch in der Metallindustrie, ganz besonders in den Hütten- und Walzwerksbetrieben mit diesem Nebelstand sehr zu rechnen haben, ist eine Tatsache, von der allerdings in der Öffentlichkeit weniger Aufhebens gemacht wird.

Das kommt zum Teil daher, weil die Hütten- und Walzwerksarbeiter bis heute stigmatisch und interessenos in den Tag hinein gelebt haben. Die Organisation allein kann hier nur helfen, die zur Schmutzkonkurrenz herbeigeschleppten Arbeiter hinterzuhalten. Zum Schutz des einheimischen Viehs haben wir zwar von Gehegs wegen eine Grenzsperrre. Rindvieh, Schweine und anderes Vieh darf nicht über die Grenze. Unsere Arbeiter aber sind nach der Richtung ohne Schutz; ihre Arbeitskraft, zugleich ihre einzige Existenzquelle, ist nicht so hoch gewertet wie die Gesundheit unserer Bierfüßer. In aller nächster Zeit ist auch noch nicht an eine Aenderung in dieser Beziehung zu denken. Vorab muss es heißen: Hütten- und Walzwerksarbeiter, organisiert euch im christlichen Metallarbeiterverband. Auch die ausländischen Kollegen müssen für uns gewonnen werden, um vereint mit ihnen bessere Verhältnisse zu erringen.

Es muß auch den ausländischen Arbeitern bewußt werden, daß sie die Pflicht haben, Schulter an Schulter mitzukämpfen zur Erringung besserer Verhältnisse.

Zur Formerbewegung in Düsseldorf.

Unter Anwendung einer hinterlistigen Taktik leitete der soziald. Metallarbeiterverband eine Lohnbewegung der Former und Gießerei-Arbeiter ein. Entgegen Böhlert, Wald, Gevelsberg und Köln, wo unser Verband einfach in seiner „Brüderlichkeit“ überging, lud er hier im letzten Augenblick, als die Forderungen aufgestellt waren, unsern Verband und den H.-D. Gewerksverein zu einer öffentlichen Versammlung ein.

Anhören, was die Gewissen wollten! für den Eintritt in die Bewegung stimmen, bezahlen und im übrigen willenslos den Gewissen nachzulaufen, diese Rolle hatte man den Konkurrenzverbänden schon „herzwillig“ zugeschrieben. Nur „schade“, daß selbige sich nicht so als Nachläufer gebrauchen ließen. Die christlichen Vertreter kritisierten scharf die angewandte Epizubentaktik, beriefen sich auf die Forderungen in unserem Statut und erklärten, zuvor die Zustimmung ihres Verbandsvorstandes haben zu müssen, nur der allein sei für sie maßgebend. Wenn so die Bewegung geschwächt würde, indem die Unternehmer Zeit gewinnen und solche, die Bewegung betreffende schädliche Vorlehrungen trüfen, dann falle die ganze Schuld dem soziald. Verband durch seine verwerfliche Taktik zu. Auch der Gewerksvereinsvertreter der H.-D. vertrat nachher diesen Standpunkt. Die Gewissen mußten wohl über einlenken. Gemeinsame beratende Sitzungen fanden nun mehr mehrere statt. Am 10. März tagte die letzte. Eine Statistik, welche das Organisationsverhältnis auf den einzelnen Werken nachwies, lag von Seiten der Gewissen, welche durch ihren Beamten Jäger vertreten waren, vor.

Ergebnis macht klug. Nach diesem Grundsatz wurden alle Fragen für den Eintritt in einen eventuellen Streik reguliert. So: Unterstützung für Nichtorganisierte, Deckung der Kosten für Abschaffung von Arbeitswilligen und Drucksachern, Streikposten, Streikbüro, Sammlungen, auch die Frage eventueller Unterhandlungen mit den Unternehmen. Alle diese Fragen wurden so geregelt, daß über Vorwissen

nisse, wie wir für in Velbert und andern Orts erlebt, vollständig für uns ausgeschlossen waren. Unter schriftliche Verpflichtungen, wie sie der soziald. Verband früher uns aufstrebte, wurden mit Hinweis auf den Vertragsbruch in Velbert, des von Reichelt und Sendlar in Solingen bei Hammesfahr, der Sendlerschen Provisionsbäckerei in Walb bei Solingen für Lieferung von Streifarbe nach Velbert, abgelehnt. Uebrigens getraute sich unter dem Druck dieser ehrlosen Vor kommisse auch kein soziald. Vertreter, diesmal Bedingungen zu stellen.

Dieses, und der Umstand, dass bei vollständiger Freiheit, welche sich die christliche Vertreter Minter und Brügel bei der Bewegung gesichert hatten, dürften die Urtüche erklären, dass durch Machinationen des soziald. Verbandes resp. seines Beamten Jägers Uneinigkeit in die bisher einige Bewegung kam. Nach der Jägerschen Statistik vom 10. März, h. tte der christl. Verband in zwei Betrieben die Mehrheit. Am 13. März hatte Jäger seine Statistik geändert, so, dass nunmehr der christliche Verband nirgends mehr die Mehrheit hatte. In dem einen Betrieb sollten nunmehr der H.-D., in dem anderen der soziald. Verband die Mehrheit haben. Außer zwei Betrieben, in welchen die H.-D. in Frage kamen, sollten nunmehr alle Antwortschreiben der Unternehmer an den soziald. Verband gerichtet werden.

Nachdem Jäger so seine eigene Vorarbeiten über Bord geworfen, fielen auch die für den christlichen Verband darauf aufgebauten Folgerungen. Alle Schreiben, die an die Unternehmer gerichtet werden sollten, hatte Jäger scheinbarlich mit seinem Namen unterschrieben. Außer zweien, welche für die H.-D. in Frage kamen, sollten nunmehr alle Antwortschreiben der Unternehmer an den soziald. Verband gerichtet werden. Das lehnten die christlichen Vertreter ab. Sie forderten nun, den Unternehmern freie Wahl in der Auswahl der Adressen zu lassen.

Auf diesen Vorschlag ging der Vertreter des freien Verbandes nicht ein. „Eher lasse ich die ganze Bewegung scheitern,“ erklärte er. Die Einigkeit mit den Sozialisten war zerschlagen. Die H.-D. Gewerkschaftler und unser Verband standen zusammen. Das sollte indes nicht lange dauern. Schnell hatten sich die H.-D. und Sozialisten geeinigt. Die Gewissen, welche ihre Schuld an der Uneinigkeit einsahen, beschlossen in einer Vertrauensmännerzusammenkunft, nunmehr sämtliche Schreiben der Unternehmer an die H.-D. gelangen zu lassen. Ein diesbezügliches Schreiben überbrachte Jäger eigenhändig dem christlichen Metallarbeiter-Verbandsbüro. Auch diese Zumutung mussten unsere Vertreter ablehnen. Möchte der soziald. Verband resp. Herr Jäger, auch reumütig Pater pecori machend, das Ansehen seines Verbandes wegwerfend, den H.-D. zu billigen, unverdienten Ruhm verhelfen, für den christlichen Verband lag gar keine Verantwortung vor, das gleiche zu tun. Freie Wahl für die Unternehmer in der Auswahl der Adressen, Pflicht für jede Organisation, sobald ein Antwortschreiben eintraf, die anderen Verbände in Kenntnis zu setzen und sofort eine gemeinsame Sitzung zu veranlassen zwangsweise Unternehmung weiterer Schritte, das war ihre unverbrüchliche Forderung.

Den gaben die konservativen H.-D. und Genossen nicht statt. Sie reichten am 15. März ihre Forderungen den Unternehmern ein. Der christliche Metallarbeiterverband tat das gleiche. Seine Selbstständigkeit hat der christliche Verband korrekt vertreten, in gleicher Weise auch den Unternehmern gegenüber selbstständig die Forderungen der Formier und Gießereiarbeiter unterbreitet.

Eigentlich berührt es, wenn man sieht, wie die Führer des soziald. Verbandes sich zuerst aufs hohe Pferd setzen, aus Agitationstaktik den christlichen Metallarbeiterverband zu unterdrücken versucht, dann von seinem zuvor stolz vertretenen Vorhaben ablässt und sich unter die Leitung des H.-D. Gewerkschaftsverband vertrittet. Diese Blamage hätte Herr Jäger sich und seinem Verband ersparen können. Die Christlichen werden nie dazu übergehen, von ihrem Partner Ungehöriges zu verlangen. Sie werden sie aber auch wie ein altes Taschenmesser zusammenklappen. Sie handeln eben als Männer.

Ebenso verkehrt ist das Verhalten der Hirsch-Dünker, welche erst mit den Christlichen gemeinsame Sache machen wollten, zuletzt aber doch mit den freien Gegnern gegen die Christlichen ein Pakt abschlossen.

Olpe a. W. Die Formier und Gießereiarbeiter der Firma Gebäuert Kempf (Metallgießerei) hatten eine Forderung eingereicht. Selbiges bestand in Erhöhung der Abordpreise, in Aufschlag für Neben-

arbeit und Zuhilfen von Material für Formier und Keramiker, ferner wurde für sämtlichen Gießereihilfsarbeiter ein Lohnzufluss gefordert. Da auch noch der sanitären Seite das Arbeitsverhältnis vieles zu wünschen übrig ließ, wurden auch Forderungen solcher Art gestellt.

Die Firma weigerte sich zunächst entschieden, mit einer gewählten Arbeiterkommission in Unterhandlung zu treten. Ruhig abwartend und fest entschlossen, falls die Firma sich auf keine Unterhandlungen einließ, zu dem äußersten Mittel zu greifen, geruhte die Werksleitung am letzten Tage, wo die Würfel fallen mussten, Unterhandlungen einzuleiten. Durch gegenseitige Unterhandlung kam dann auch eine Verständigung zustande. Zugestanden wurde: 1. Erhöhung der Abordpreise für die schlechtbezahlten Gießereiarbeits; 2. Abschaffung der Überstunden durch hinreichende Einstellung von Arbeiter. Falls dennoch Überstunden nötig, würde ein entsprechender Zusatz zu bezahlt; 3. das Unwesen, wonach die Formier sich selbst das Material (Sand und Formlasten) beizuschaffen haben, würde abgeschafft; 4. sämtlichen Gießereihilfsarbeitern und Öfenleute würde eine Lohnerhöhung zugesagt; 5. versprach die Firma die Abschaffung der Missstände sanitärer Art.

Abgelehnt von einigen Kollegen waren alle mit dem Erzielten zufrieden. Jedem kann ja bei Bewegungen, wo verschiedene Kategorien von Arbeiter eines Betriebs in Frage kommen, keiner alles Recht machen. Die Gesamtverhältnisse der Kollegen zu bejournieren, muss das Ziel einer unsichtigen Arbeitervertretung sein. Diesen Gedanken hat die Kommission zu verwirklichen versucht. Es hätte noch mehr erzielt werden können, wenn nicht die Leiter des Siegerländer Gewerbevereins, eine ebenso beklagenswerte als unverständliche Stellung eingenommen hätten. Man hätte ihnen ablehnenden Standpunkt verstanden, wenn der christliche Metallarbeiterverband eine prinzipiell gegnerische Organisation gewesen wäre, wenn er den Vorstand nicht früh genug in Kenntnis gesetzt, oder sie nicht als gleichberechtigt behandelt hätte. Alles was unsseits geschehen, um ein einheitliches vorteilhaftes Vorgehen für die Arbeiter zu bewirken. Leider verhielten sich die Kollegen des Siegerländer Gewerbevereins ablehnend. Wir unterlassen es hier kritisch einzusehen, so berechtigt eine Kritik auch wäre. Mögen die in Frage kommenden Kollegen selbst beurteilen, was sie durch das Verhalten erreichten und was erreicht werden kann.

Der christliche Metallarbeiterverband, der in Olpe die Bewegung veranlasste, dem die Arbeiterschaft auch die Erfolge zu verdanken hat, wird auch in Zukunft bestrebt sein, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. An die Olper Kollegen wird es nun liegen, auf der Hut zu sein, damit das Zustandene auch festgehalten wird. Da ist es vor allen Dingen nötig, treu am christlichen Metallarbeiterverband festzuhalten, dem allein das Erreichte zu verdanken ist. Sozialistisch oder H.-D. Organisierte gibt es nebenbei bemerkt, in Olpe nicht, sonst wären die Quertreibereien noch größer gewesen und vielleicht nichts erreicht worden.

Die Behörde in Iffelburg.

Iffelburg. Die hiesige Polizeibehörde hatte die vorläufige Schließung der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiterverbandes verfügt; weil Frauen als Mitglieder aufgenommen worden seien, was angeblich mit dem Paragraphen 8 des Vereingesetzes in Widerspruch steht. Seitens des Verbandes war Beschwerde dagegen erhoben worden. Das Königliche Landgericht zu Duisburg hat die Schließung aufgehoben mit folgender Begründung:

Beschluß:

Der Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft, auf die Fortdauer der vorläufigen Schließung des Vereins „Christlich sozialer Metallarbeiter-Verband, Ortsverband Iffelburg“ zu erkennen, wird abgelehnt.

Gründe:

Nach Paragraph 16 der Verordnung über die Verhütung eines die geistlichen Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Verfassungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 kann bei Zuvielerhandlungen eines Vereins gegen die im Paragraphen 8 a. a. D. gezogenen Beschränkungen außer auf Strafe nach der Schwere der Übstände auf Schließung des Vereins erkannt werden. Auf Schließung muß lediglich dann erkannt werden, wenn die Vorsteher, Ordner oder Leiter sich wiederholt strafbar gemacht haben. Gravierende Umstände, die im vorliegenden Fall die Schließung bei der ersten Zuvielerhandlung gegen die erwähnten gesetzlichen Bestimmungen angezeigt erscheinen ließen, sind aber aus den Akten nicht zu entnehmen.

Da gemäß bei dem definitiven Erkenntnis nach den bisherigen Ermittlungen die Maßnahme der Schließung voraussichtlich nicht verhängt werden wird, scheint auch für die vorläufige Schließung bis zum Erkenntnis kein Anlass gegeben.

Duisburg, den 22. März 1903.

Königliches Landgericht.

Strafsammer I.

s.3. St. v. Hanff. Frister. Nenn.

Konferenz der christlichen Gewerkschaften in der bayr. Rhein-Pfalz.

In Kaiserlautern findet am 2. Okt. eine Delegiertenkonferenz statt, wozu alle bestehenden Ortsgruppen der christl. Gewerkschaften in der bayr. Rheinpfalz ersucht werden, einen Delegierten zu entsenden. Das Konferenzlokal befindet sich bei Wirt W. Sicius, am Marktplatz, Nr. 6. Die Konferenz beginnt vormittags um 11 Uhr pünktlich und wird voraussichtlich bis 5 Uhr nachmittags anhalten. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Stand und Agitation der christl. Gewerkschaften; 2. Einheitliches Vorgehen um Erhöhung des ortüblichen Tagelohnes; 3. Verschiedenes. Um 1 Uhr findet gemeinschaftlicher Mittagstisch im Konferenzlokal statt. Diejenigen Delegierten, welche sich an demselben beteiligen wollen, haben sich bis spätestens den 16. April beim Kartellvorsitzenden Georg Stützenberger in Kaiserlautern, Mainheimerstr. 7 anzumelden. Ortsgruppen, welche durch Rundschreiben wegen unbekannter Adresse nicht eingeladen worden sind, möchten ihre Einladung aus dieser Bekanntgabe entnehmen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Eupen. Bei der Firma Johann Wintgens ist Streik ausgebrochen.

Aachen. In den hiesigen deutschen Elektrofakturwerken Differenzen ausgebrochen.

Düsseldorf. Formier in Lohnbewegung eingetreten.

Burbach (Saar). Burbacher Hütte Differenzen wegen Maßregelung ausgebrochen.

Magdeburg. Formier in Lohnbewegung eingetreten.

St. Tönis. Auf dem chemischen Werke Streik.

Dülmen. Eisenhütte Prinz Rudolf. Differenzen.

Gelsenkirchen. Martinwerk Mündscheit. Lohnbewegung.

Gmünd - Eifel. Eisenwerk Mauel Differenzen ausgebrochen.

Brühl. Eisengießerei Schmidt Streik ausgebrochen.

Heilbronn. Heilbronner Fahrzeugfabrik Lohn-

differenzen und Maßregelung.

Linden-Hannover. Hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Formier von 40 Pf. welcher verweigert wurde.

Misburg. Aussernung der Eisenfabrik Misburg-Anderten.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Um eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie bisher und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. April der fünfzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 8. April bis 15. April 1903 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

Ortsvorstände sorgen für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Ortsgruppenvorstände werden nochmals dringend aufgefordert, die zugesandten Fragebögen und Arbeitslosen-Zählkarten sofort zurückzusenden. Diejenigen Ortsgruppen, welche dieselben nicht zurückgesandt haben, werden in nächster Nummer veröffentlicht.

Wieber, Vorsitzender.

Mus den Ortsgruppen.

Bremen. Am 23. März hatte unsere Ortsgruppe im Saale der Marienburg eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, in welcher Gewerkschaftssekretär Hirt siefer-Essen referierte über das Thema: Warum organisieren wir uns, und warum organisieren wir uns christlich?

Hedner verstand es, in 1½ stündigem Vortrage die Versammelten von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Schöß, den Indifferenzismus der Arbeiter verurteilend, verwies derselbe auf die Unternehmerverbände und Arbeitgeberorganisationen, welche es bisher viel besser als die Arbeiter verstanden hätten, ihre Interessen wahrzunehmen. Desgleichen beleuchtete derselbe besonders die Lage der Indifferanten, welche dieselben bei Streiks und Außertreffen einnehmen. Ferner betonte derselbe die Notwendigkeit der Organisation zur Erhebung von Lohnstillsätzen zur Vertretung der Interessen der Arbeiter bei den Unternehmern, Parlamenten und Regierungen. Ebenfalls verwies er auf die Einwirkung der Organisation auf die Arbeitslöhne, Arbeitszeit und die Gestaltung des Arbeitsmarktes. So die Notwendigkeit der Organisation nachweisend, warf Hedner nun die Frage auf, welche Organisation am besten die Interessen der Arbeiter vertrete. Hedner verwies auf verschiedene Artikel und Anpreisungen von Büchern und Broschüren, welche in verschiedenen Organen der freien sozialdemokratischen Gewerkschaften ständig erschienen, welche, ohne mit der Gewerkschaftssache etwas zu tun zu haben, nur den Zweck hätten, die religiösen Gefühle zu verletzen. Er verwies ferner auf den letzten Abgang der freien Gewerkschaften in Köln und erinnerte an verschiedene Aussprüche, welche die freien Führer dort getan hätten und kam zu dem Schluß, daß ein christlich denkender Arbeiter einer freien Gewerkschaft nicht angehören könne. Man könnte doch nicht von einem christlichen Arbeiter verlangen, daß derselbe sein Geld bezahlen und sich ebendrein noch beschimpfen lassen soll. Zum Schluß seiner mit großem Beifall ausgesprochenen Rede forderte Hedner auf, dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband beizutreten, denn nur diesem sei es ernst, die traurige Lage der Metallarbeiter zu verbessern und die Interessen der Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligte sich als erster Hedner ein Genosse Stauffer. Derselbe war der Ansicht, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften gar nicht nötig gewesen wäre und probierte sehr mühsam den starken freien Metallarbeiterverband, welcher nur allein im Stande wäre, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Als zweiter Diskussionsredner trat ein Genosse Janisch, Beamter des freien Metallarbeiterverbandes auf, welchem es gefiel, in Sämpfereien auf bürgerliche Gesellschaft, Pfaffen, Zentrum und Kirche keinen Unwillen barzutun. Auch brachte derselbe einige Schauspielmärchen, die in Kloster passiert sein sollen. Aber einen Beweis konnte er nicht bringen. Derselbe war der Ansicht, die Gründung der christlichen Gewerkschaften sei nur Macht des Zentrums. Auch bewies derselbe auf den Streik der Holzarbeiter in Köln, bei welchem der christl. Verband Streikbrecher gespielt hätte.

Zu weiterer Redner war der Kollege Schulte, welcher verschiedene Hölle von Terrorismus zur Sprache brachte, in Kollegen von freien Gewerkschaften missbarkeit und bedroht wurden, wenn sie nicht zum freien Verbande übertraten, sollten sie es merken an Lohn und Arbeit. Von den Gewissen wurde natürlich alles bestritten.

Als weiterer Redner erhält der Kollege Sauerhorn das Wort. Derselbe behandelte besonders den in der hiesigen Parteipresse erschienenen Artikel: „Lös von Grund und Boden“ und legte dar, daß es der sozialdemokratischen Partei nicht ernst sei, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Darauf erhält der Referent das Schlußwort, wann er den Gewissen gründlich bekleckerte. Auch erzielte derselbe den Gewissen die gewünschte Wirkung. Die Größe und Erfolge der christlichen Gewerkschaften, wußte er noch besonders beweisen, daß die-

dieselben ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht hätten. Ferner wies er die auf uns gerichteten Angriffe zurück und erzielte den Gewissen den guten Rat, erst mal im eigenen Lager eine gründliche Reinigung vorzunehmen, bevor man sich um andere Angelegenheiten kümmere. Besonders wies derselbe den Angriff, der Christl. Verband hätte in Köln Streikbrecher gestellt, zurück und bedauerte den Gewissen, wir würden uns auch in Zukunft nicht von ihnen den Streik aufzulösen lassen, sondern wollten auch ein Wort hierzu mitreden und würden es im gegebenen Falle ebenso machen, wie die Kölner Kollegen.

Nachdem Redner zum Schluß die Kollegen aufgerufen hatte, fleißig für unsere guten Sachen zu agitieren, schloß der Vorsitzende mit einem donnernden Rapp auf den christlich-sozialen Metallarbeiterverband die Versammlung.

Danklage. Am 21. März hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab, um die hiesigen indifferenten Kollegen aus ihrer Interessenslosigkeit aufzurütteln. Als Referenten hatten wir Kollege Hirt siefer-Essen genommen. Im ersten Teile seines Referates führte derselbe den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation, auch hier für Danklage vor Augen, wo sich die Kollegen Abzüge über Abzüge gefallen lassen müssen, weil sie nicht organisiert und darum machtlos sind. Wenn es zuviel ist, jede Woche 50 Pfsg. für die Organisation zu opfern, muß zufrieden sein, wenn ihm 2 oder 3 Mr. die Woche von seinem Lohn abgezogen werden. Darauf muß jeder Arbeiter ein Interesse haben, sich der Organisation anzuschließen, um vereint mit seinen Berufskollegen eine Macht gegen die Willkür des Unternehmertums zu bilden.

Im 2. Teile seines Referates wies Kollege Hirt siefer auf die Unterstützungsseinrichtungen unseres Verbandes hin, die jetzt eingeschafft sind und den Leuten, den jedes Mitglied dadurch aus der Organisation gewinnt. Da muß es ein leichtes für jedes Mitglied sein, den geringen Beitrag von 50 Pfsg. jede Woche zu bezahlen, um erstens sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, zweitens bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. die Unterstützung zu erhalten, drittens aber aufzutreten in den Reihen der organisierten Arbeiter für die Hebung und die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Seit der Aufruf, sich der Organisation anzuschließen, und treu und fest auch in Zukunft an der Organisation festzuhalten, schloß Kollege Hirt siefer sein inhalreiches Referat. Der Erfolg desselben war eine Anzahl Neuaustritte für alle Berufe.

Nun, Kollegen von Danklage, weiter gearbeitet im Sinne des Referenten, aufgewacht aus der geistigen Trägheit und Gleichgültigkeit, der Organisation angehörsen, um auch hier bessere Verhältnisse zu erringen. Hinein in den christl. Metallarbeiterverband. Besonders mit der Hausagitation muß jetzt eingesetzt werden, um auch die Frauen aufzuklären über den Wert und den Nutzen der Organisation.

Saarbrücken. Am Saalbau fand am Sonntag, den 25. März eine große öffentliche christliche Gewerkschaftsversammlung statt, um Stellung zu nehmen zu den neuesten Vorgängen auf der Burschacher Hütte.

Die Versammlung wurde durch Gewerkschaftssekretär Gutje eröffnet, der auf die letzten Vorgänge im Saarrevier hinwies, mit Rücksicht auf die heutige Versammlung einberufen sei. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoch.

Gewerkschaftssekretär Wernerus behandelte alsdann die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften. Das erscheine notwendig mit Rücksicht auf die Versuche, das Kooperationsrecht zu unterdrücken. Es solle nicht gegen ein bestimmtes Werk protestiert, sondern allgemein das Programm der Gewerkschaften dargelegt werden. Die Versammlung sei um so bemerkenswerter, als sie in einem städtischen Saal stattfand, während man längst kaum ein Lokal habe zu bekommen wisse (in Buirbach), weil gewisse Kreise das nicht gern jahen, da sie mit den Bestrebungen der Gewerkschaften zu wenig vertraut sind. Wir verlangen Kooperationsrecht, entsprechende Lohnregelung, Gleichberechtigung auf dem Boden der Arbeit, die der Staatsmann, der Gelehrte, der Künstler ebenso leistet wie der einfache Arbeiter und Tagelöhner. Die Arbeit aller muß als nutzbringend für die Gesamtheit angesehen werden (Bravo!). Wir verargen den andern Ständen nicht die Berufsorganisationen, aber wir verlangen sie auch für uns. Früher wurde man den Lohnarbeiterstand noch nicht, daß man könnte noch jeder selbstständig werden. Über man die Selbstständigmachung zu erschweren, und seit der Zeit kann man von einem Lohnarbeiterstand

sprechen. Schließlich wurde überhaupt keinem Gewissen mehr erlaubt, Meister zu werden. Bis in das 16. Jahrhundert hinein durften sich die Gesellen organisieren, frei und ohne Benachteiligung. Das Standesbewußtsein war groß. Aber gegen Ende des 17. Jahrhunderts suchte man diese Freiheit zu beseitigen, und allmählich gelang das auch. Dann kam die patriarchalische Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von staatswegen. Wer allmählich rang sich der Individualismus durch, die Lehre von der Gleichheit des Menschen: Die Gewerbefreiheit war proklamiert. Das benutzte das Kapital, dem der nichts besitzende Arbeiter dienen mußte. Mit dem Empörlichen der Industrie stellten sich die unholzbarsten Zustände heraus. Der Arbeiter war rechtslos, er konnte nichts verlangen, weder einen bestimmten Lohn noch Schutzmaßregeln usw. Die Arbeiter machten sich gegenseitig Konkurrenz, Frau und Kinder wurden mit in die Fabriken gezogen. Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, schlechte Ernährung, brachte Tod und Elend und auch der sittliche Zustand war groß. Der Luxus der Reichen nahm zu. Da entstand die Unzufriedenheit unter den Arbeitern.

Die Lehre eines Lasalle von dem ehemaligen Lohngebot machte die Arbeiter hoffnungsgesetz. — Gleichzeitig mit Lasalle traten Marx und Engels auf. Aber die Bestrebungen dieser Leute ließen noch keine selbstständige Arbeiterbewegung austreten. Diese entstand erst in den fünfzig Jahren des vorigen Jahrhunderts, beginnend durch das Aufblühen der Industrie. In den sechziger Jahren trat Bischöflich Freiherr von Ketteler auf mit seinem Programm, das bald zur Gründung christlich-sozialer Vereine führte. Bebel und andere Sozialisten hatten ebenfalls an der Organisation gearbeitet. Es zeigte sich schon damals ein abgrundtiefer Gegensatz zwischen der christlichen und der sozialdemokratischen Organisation. Die Herrschenden suchten indes jeden Versuch zur Organisation zu hinterreiben. Ihnen war dabei jedes Mittel recht. Allmählich trat ein Umsturz ein, das Kooperationsbeispiel wurde aufgehoben. Bis zu den höchsten Spitzen erkannte man, daß den Arbeitern geholfen werden müsse. Die verschiedenen Gesetze, die im Interesse der Arbeiter gegeben wurden, beweisen das. Die Selbsthilfe der Arbeiter lag noch im Urgen, die Arbeiter standen nochziemlich hilflos da. Die Sozialdemokratie wurde durch das Sozialistengesetz zurückgestalten, auch in der Organisation der christlichen Arbeiter trat eine Stagnation ein. Als wieder mehr Bewegung in die Organisation kam, trat auch der Gegensatz zwischen christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern herauf. Der Gegensatz ist heute so groß, daß man es nicht versteht, wie man hier im Saarrevier beide Bewegungen identifizieren will (Pfui!). Statt daß man die Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die den Frieden will, befürwortet, läuft die Schriftsteller darauf hinaus, die Sozialdemokratie zu fördern. Die Extreme der Schriftsteller und der Sozialdemokratie berühren sich, beide wollen keinen Frieden, sie wollen den Kampf. Die christlichen Gewerkschaften sind den Schriftstellern ebenso unangenehm wie die sozialdemokratischen. Herr Kommerzienrat Kirdorf sieht sie sogar noch als gefährlicher an (Pfui!). Wer jedoch seine sozialen Rechte nicht verlieren will, muß sich organisieren, das heißt, der muß den christlichen Gewerkschaften beitreten. Die Zahl der Lohnarbeiter nimmt stets zu, die Kleinbetriebe prosperieren weniger, die Großbetriebe nehmen zu. Diesen Großbetrieben gegenüber kann der einzelne Arbeiter nichts ausrichten. Es kann es also den christlichen Arbeitern niemand verdenken, wenn sie sich mit ihren Arbeitbrüdern zusammenschließen. Das die Großbetriebe wohl in der Lage sind, einen Eingriff der Organisation zu dulden, beweist die Burschacher Hütte, die nach allen Abschreibungen noch 40 Prozent Dividende auszahlen konnte. Man sagt, es sei eine Prämie auf die Faulheit, wenn ein Mindestlohn garantiert werde. Der Arbeitgeber aber organisiert sich, um bei der Konkurrenz standhalten zu können, auch sie legen Mindestpreise fest. Vorworn soll man denn bei diesen Abmachungen reden? Das ist wohl eine Prämie auf den Fleiß? Welcher Unterschied besteht denn zwischen der Festlegung des Preises für die Arbeit und des Preises für die Ware? Und solche Argumente gebrauchen die Vertreter von „Bildung und Besitz.“

Wir sind mindestens so berechtigt, unsere Preise festzulegen wie ein Stahlarbeiterverband oder ein Kohlenhändler. Daher befinden wir uns im Einklang mit hohen und höchsten Personen. Redner erwähnt die Haltung des Kaisers, die Enthüllung „Meum inter ipsorum“, die Haltung evangelischer Geistlicher, die alle mit den christlichen Gewerkschaften

im Einflang sich befinden. Redner gibt alsdann einige Daten über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften. Die Bewegung ist noch jung, aber man war nicht untätig, die Bahnen und die Töpferei bewiesen das. Es musste ja auch eine vernünftige, auf die Errichtung des Wörglichen gerichtete Taktik. Erfolge haben gegenüber einer Taktik, die immer nur auf das Endziel verweist. Unter unserer Fahne stehn etwa 300 000 Mann, und die Einnahmen für 1906 werden ca. 3 Millionen Mk. betragen. Die Arbeit war nicht leicht, aber sie war von Erfolg gefrönt. Dem Arbeiter muss das Recht der Koalition gegeben werden, dieses Recht zu unterdrücken ist ungünstig. Redner erwähnt die Neuerungen des Großen Präsidenten und ändert: Wir befinden uns also in besserer Gesellschaft. Revolution wollen wir nicht, aber auch keine Almosen, sondern vielmehr vernünftige Sozialpolitik und unser gutes Recht. Redner erörtert die schweren Strafen für Berufserklärungen bei den Arbeitern, für Dinge also, die anderweitig straflos gelautet werden. Diese Ungleichheit muss beseitigt werden. Schutz der Koalition müssen wir verlangen, weiteren Ausbau des Bevölkerungsrechts, Unwiderlegung des Paragraphen 153 auf die Arbeitgeber. Auch jenen Arbeitern in sich das Koalitionsrecht gegeben werden, die es bis heute noch entbehren. Das kann nur durchgeführt werden innerhalb der Berufsorganisation auf christlich-nationaler Grundlage. Mit dieser Organisation bitten wir dem Staat die beste Unterstützung, die er sich wünschen kann. Das sind unsere Bestrebungen, an denen nicht nur wir, sondern auch die übrigen Stände ein Interesse haben. Redner erwähnt die Lohnverhältnisse auf der Burbacher Hütte. Arbeiter mit Familien von 8—9 Köpfen erhielten für 14 Tage 40—45 Mk., die Ausgaben für den Unterhalt des einzelnen Menschen ständen also unter den Normen für Verbrecher: Der Arbeiter ist aufgewacht im Saarrevier, er ist sich bewusst, dass er sich der christlichen Organisation anschließen muss, um seine Berufssinteressen und seine Menschenrechte zu wahren. Tut er das, so wird eine bessere Zeit für ihn anbrechen. Die heutige machtvolle Kundschaft hat den Beweis erbracht, wie tief der Organisationsgedanke eingedrungen ist. Opfer werden nicht erspart bleiben, aber ich appelliere an Ihren Manneswollz: Nutzt der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erwerben muss.

An zweiter Stelle ergreift Gewerkschaftssekretär Buchheit das Wort, um folgendes auszuführen. Das oberste Gesetz aller Staaten ist der Schutz der verschiedensten Stände. Aber nicht immer wird dieses Gesetz so gehandhabt, wie es der Gerechtigkeit entsprechend gehandhabt werden müsste. Denn jene Stände, die über ein großes Kapital und eine besondere Bildung verfügen, sie nehmen unter dem Schutze des Gesetzes das Koalitionsrecht für sich in Anspruch, das sie vielfach den Arbeitern verweigern. Während Kapitalisten und Unternehmer, aber auch Richter und Staatsanwälte, ja sogar Letzte sich organisieren, will man dem Arbeiter, der sich organisieren will, dieses Recht streitig machen. Wer der Arbeiter hat ebenso das Recht, sich zu organisieren, wie es der Akademiker und Unternehmer hat. Wir Arbeiter wollen ja weiter nichts, als das Beispiel dieser Herren nachahmen, die ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Heutzutage will der Arbeiter nicht mehr der nur gebildete Staatsbürger sein, sondern er will seinen Anteil an den Rechten haben, wie er einen Teil an den Pflichten leisten muss. Vor fünfzig bis sechzig Jahren ja sogar vor 30 Jahren, hätte man von Seiten des Arbeiters es absolut noch nicht gewagt, diese Forderungen zu stellen, die man heute stellt. Gwar kam im neuen Deutschen Reich die politische Gleichheit, aber noch lange nicht die wirtschaftliche Gleichheit. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht noch heute vielfach eine so tiefe Kluft, dass sie amcheinend gar nicht überbrückt werden kann, denn während der Arbeitgeber für sich die Koalitionsfreiheit in Anspruch nimmt, will er diese dem Arbeiter vielfach nicht gönnen, aber der Arbeiter darf sich an dieser feindlichen Stellungnahme des Arbeitgebers nicht stören, denn der Arbeiter und insbesondere der christlich-nationale Arbeiter will nichts, als sein Recht, das er sich auf dem Boden des Gesetzes eingeren will. Und der Erfolg der christlichen Organisation hat es bewiesen, dass alle Anstrengungen nichts genutzt und der Arbeiter sich sein Recht nicht will nehmen lassen. Als im Mai 1904 die Organisation hier eingeführt wurde, erwarteten ihr sofort große Feinde. Die kgl. Bergwerksdirektion hatte zur ersten Versammlung ein Plakat angeschlagen lassen, auf dem sie mitteilte, dass sie der Versammlung absonst fernblehe. Hierdurch wurde vielen Bergarbeitern der Mut genommen, dieser Versammlung beizutreten. Gsdann trockte die Hoch-

abteilungsherrlichkeit bei christlichen Gewerkschaften entgegen. Und nicht zuletzt musste mit dem tiefeingesessenen Indifferentismus, der Gleichgültigkeit der Arbeiter gekämpft werden. Aber erfolgreich ist die Organisation weiter geschritten und sie wird es noch mehr. Der christliche Gewerksverein ist die Folge der wirtschaftlichen Wohlstände, die endlich aus der Welt geschafft werden müssen. Wir wollen keine Revolution und keinen Aufstand, aber wir wollen unser Recht. Die christlichen Gewerkschaften, die so herkamen der Burbacher Hütte angegriffen wurden, kämpfen auf dem gemeinsamen Boden der Vaterlandsliebe und der christlichen Überzeugung. Auch die Burbacher Hütte kann mit ihrem Hüttenverein und ihren Arbeitentlassungen ans nicht bange machen, denn der christliche Gewerksverein will und muss fortschreiten. Aber es ist bei der ganzen Bewegung tief zu bedauern, dass es Arbeiter gibt, die nur aus weiter Ferne die Erfolg oder Misserfolg beobachten, um dann den Ohrn mit einzuhören und sich zu drücken. Woll und ganz müssen wir eintreten für die hohe Sache, ohne Bespaltung unserer Kräfte im konfessionellen und politischen Hader. Gestes Zusammenhalten und treues Zusammengehen muss den Erfolg zeitigen, den wir erstreben. Prof. Kindermann hat vor einigen Tagen hier ein Wort gesprochen, das doch bald wahr werden möge. Dieses Wort enthält an das Unternehmertum die Aufforderung, doch heutz dem Arbeiter freiwillig zu geben was es ihm einst geben muss, denn 3 Millionen Arbeiter sind ein gewaltiger Machtfaktor mit dem man rechnen muss. Und dieser Machtfaktor wird von noch gröserer Bedeutung wenn die Arbeiterschaft organisiert ist. Darum alle Arbeiter, Mann für Mann in den christlichen Gewerksverein. Nach diesen Worten verlos der Vorsitzende nachstehende Resolution, die fast einstimmig Annahme fand.

„Die am Sonntag, den 25. März djs. Js., in Saarbrücken im städtischen Saalbau tagende christliche Arbeiterversammlung, an der ca. 2000 Personen teilnahmen, erklärt nach den gehörten Referaten der Gewerkschaftssekretäre Wernerus und Buchheit die Berufsorganisation der Arbeiter auf christlicher und nationaler Grundlage als eine zwingende Notwendigkeit für den Arbeiterstand, weil der einzelne Arbeiter machtlos und rechtlos darstellt, gegenüber dem gut organisierten und kapitalkräftigen Arbeitgeberstand. Nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluss wird es den christlich und national gesinnten Arbeitern möglich sein, an der geistigen und materiellen Erhebung ihres Standes mitzuarbeiten. Mit Bedauern nimmt die Versammlung Kenntnis von den wiederholten Versuchen, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beschränken, die in letzter Zeit im Saarrevier unternommen wurden. Ebenfalls protestieren die christlichen Arbeiter dagegen, dass den christlichen Gewerkschaften in böswilliger Absicht und gegen besseres Wissen sozialdemokratische Tendenzen untergeschoben werden. Das Telegramm Sr. M. unseres Kaisers an den christlichen Arbeiterkongress in Frankfurt am Main sowie die Aussprüche regierender Staatsmänner und hervorragender kirchlicher Autoritäten beider Konfessionen beweisen das Gegenteil. Die christlichen Gewerkschaften streben eine entschiedene Sozialpolitik auf gesetzlicher Grundlage und verwerfen grundsätzlich den Klassenkampf. Desgleichen wird nur in den christlichen Gewerkschaften die für eine machtvolle Arbeitersorganisation unbedingt nötige Neutralität auf religiösem und wissenschaftlichem Gebiete gewahrt. An alle christlich und national gesinnten Arbeiter des Saarreviers richten die Versammlungen die Aufforderung, in ihrer Gesamtheit den christlichen Gewerkschaften beizutreten.“

Mit einem lebhaften Donnerort an die beiden Redner und mit der Mahnung an die Versammlung, tren zur christlichen Gewerkschaftssache zu stehen, schloss der Vorsitzende mit einem Woch auf die christlichen Gewerkschaften die imposante verlaufene Versammlung.

Schweinfurt. Den werten Kollegen zur Mitteilung, dass nun auch in Schweinfurt eine Zahlstelle des christlichen Metallarbeiterverbands besteht. Bereits am 13. Januar referierte nach einer Einberufung in engerem Kreise Herr Arbeitsssekretär Schwarz über Nutzen und Zweck der Gewerkschaften, demzufolge sich auch eine Zahlstelle mit 12 Mann gründete und hat dieselbe sich bis jetzt auf 28 vermehrt. Weiterer Zuwachs steht in Aussicht. Allerdings ist die Zahl noch klein und hält es schwer, in dem von freien Gewerkschaften durchsetzten Schweinfurt, welche es an Toleranz nichts fehlen lässt, um alles an sich zu ziehen, sofort auf eine bedeutende Anzahl zu rechnen. Der Anfang ist gemacht, wollen wir weiter arbeiten in

Vertrauen auf Gott zum Wohle der organisierten Arbeiterschaft. Aber auch zugleich Dank unserem Herrn Arbeitsssekretär Schwarz, welcher es an Worten und Belehrung nicht fehlt, um diese junge Zahlstelle zu heben und vorwärts zu bringen, und der auch gleich in der ersten Einberufung alle Einflüsse der erschienenen Agitatoren der freien Gewerkschaften in kräftigster und nachdrücklichster Weise zurückwies. Ferner auch Dank Herrn Pfarrer Dr. Preger, welcher im evangelischen Handwerker- und Arbeiterverein über Gewerkschaften referierte, die Mitglieder seinerseits aufarbeitete, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen und so feinen Unterschied bestehen zu lassen zwischen den Konfessionen, sondern einzig und allein ihr Gemeinschaft zu richten auf den Aufbau der christlichen Gewerkschaften.“

In den Vorstand wurden gewählt: als Vorsitzender Franz Bäuer, als Kassierer Joseph Dohert, als Schriftführer Ferdinand Kleßling.

Thale a. S. Am Sonntag, den 25. März fand eine gutbesuchte christl. Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher unser Bezirksleiter Will. Schulz, Oberförster, die Frage behandelte: „Hat der Arbeiter ein Recht, sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen und welche Mittel sind ihm dazu geboten?“ Der Referent brachte in seinem klärenden Vortrage den ersten Teil der Frage, in der Handzettelreicher Beweise mit einem entschieden „Ja“ beantworten und zeigte weiter die Mittel, die dazu angewandt werden müssen. Die Hauptrede musste die Arbeiter die Selbsthilfe, die Organisation sein. Selbstverständlich kann für die christlich denkenden Arbeiter nur die christl. Organisation in Frage kommen. Auch muss mehr wie bisher der Idealismus in unseren Reihen Platz greifen. Betont, dass unsere heutige Gesellschaftsordnung darunter leide, dass sie sich zum größen Teile von den Grundsätzen des Christentums abgewandt und nur durch den festen Zusammenschluss aller christl. Elemente den heutigen Klassenkämpfen und atheistischen Bestrebungen ein wirksamer Damm entgegenge setzt werden kann, forderte er alle christl. Arbeiter und Arbeiterinnen auf, sich dem hier bestehenden christl. Metallarbeiterverbände anzuschließen.

Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft, waren doch der Club der H.-D. Gewerkschaften und einige „Gewissen“ erschienen, die ihre alten Ladenhüter an den Mann zu bringen suchten. Dem Referenten, sowie Will. Faupel-Magdeburg war es ein leichtes, sie eines Besseren zu belehren. Den Ausführungen des „Gewissen“, die freien Gewerkschaften werden „irrtümlicher“ Weise als sozialdemokratische bezeichneten, wurde dadurch widerlegt, dass auf dem Kölner Kongress ihre Führer unzweideutig erklärt haben: „Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins und werden eins bleiben.“ Auch den H.-D., die am Referat nichts auszusagen hatten und sich vollständig auf den Boden des Christentums stehend bezeichneten, jedoch in gleichem Atemzuge für ihre verwässerte H.-D. Richtung Propaganda machten, wurde der gute Rat gegeben, wenn sie es mit ihren Ansichten ernst meinen, sollen sie diese in der Tat umsetzen und sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. Mit einem kräftigen Appell zum Anschluss an den christl. Metallarbeiterverband schloss der Vorsitzende mit einem Hoch auf die christl. Gewerkschaftsbewegung die Versammlung. Eine Anzahl Kollegen traten dem Verband bei.

Jetzt noch ein ernstes Wort an unsere hiesigen Kollegen. Ihr habt durch die Vorgänge der letzten Zeit erkannt, dass, wenn wir unsere Lage verbessern wollen, nicht anders können, als uns der Organisation anzuschließen.

Erfreulicher Weise greift diese Einsicht immer mehr Platz, hat doch in den letzten Wochen unsere Ortsgruppe sich mehr wie verdoppelt. Nun aber auch festhalten an der Organisation, die Versammlungen fleißig besucht, das Organ studiert, die Beiträge pünktlich bezahlt, dann können wir auch hier an die Ausgabe, die sich unser Verband gestellt hat, an die Erringung besserer Lohns- und Arbeitsverhältnisse herantreten.

Darum Kollegen von Thale und Umgegend, hinein in den christl. Metallarbeiterverband, denn Einigkeit macht stark und Beharrlichkeit führt zum Ziel.

Geld eingänge bei der Hauptkasse.

Januar 1906.

Aachen I 1300,— Gründenberg 38,08 Mülheim 57,85
Ruhrtort 59,40 Elberfeld 198,82 Gevelsberg 126,65 Baden-Baden 80,— Marsbach 39,20 Görlitz 22,65 Schwelm 53,85
Hagenbach 5,40 Altenbergh 675,25 Oberhausen (Bayern) 184,05
Dingelstädt 1,6,55 Medebach 106,03 Mettingen 161,89 Neustadt 84,20 Papenburg 98,95 Mühlhausen i. Th. 45,81 Minden 256,05 Gyrmberg 348,67 Würzburg 36,40 Trier 15,—

Krautenthal 33,87 Lechhausen 56,70 Bettingen (Saar) 13,89
 Neustadt 22,73 Regensburg 32,64 Breisig 77,67 Solingen 123,05 Wittenberghausen 26,19 Aachen I 700 Schwerte 200
 Düsseldorf 41,12 Dresden 6,06 Neuss 46,94 Kreisfing 117,35
 Heilbronn 48,70 Böhmenbach 54,92 Altdötting 40,88 Rütingen 183,58 Oldenburg 4,57 Hüsten 10,85 Leggen 181,05 Herten 66,05 Berg-Mulbach 132,23 Ingolstadt 23,96 Schwerin 54,26 Epenet 84,64 Guslarich 16,32 Obrigheim 71,36
 Goschweide 41,14 Gütenbach 59,65 Dinslage 39,86 Nienburg 76,87 Duisburg 1504,06 Nördorf 35,60 Lauterbach 24,75 Darmstadt 284,18 Ehrenfeld 55,87 Ahrens 235,35 Horbach 43,- Passau 59,42 Augsburg 272,07 Würzburg 485,51 Münster 102,10 Cuper 168,71 Güss 82,27 Düren 72,15 Kierschen 64,04 Käferthal 67,18 Hammigraff 87,68 Brand 32,47 Hagen b. Osnabrück 85,48 Großenbaum 162,95 West 207,99 Mainz 101,23 Reichen 222,75 Landshut 19,10 Kreuzlingen 29,30 Obergriesheim 49,46 Schwabach 74,- Konstanz 78,80 Nürnberg 969,37 Fürth 145,57 Herford 201,75 Leichlingen 94,54 Colmar 19,70 Gebweiler 83,58 Ein-St. 123,55 Ringel 115,95 Tuttlingen 2,60 Waldshut 41,38 Kall 459,39 Flügling 25,26 Straßburg i. E. 5,- Gabern 6,26 Leipzig 3,90 Düsseldorf 53,55 Sühl 74,89 Versautenheide 238,20 Kaiserlaubern 192,50 Schuhmied 148,79 Annen 100,- Grevenbroich 217,37 Fulda 387,47 Höerde 148,65 Berlin 612,92 Remscheid 34,85 Vorbeck 29,89 Rheinjelken 79,- Thurn-Deutsch 86,83 Singen 231,30 Rasselburg 273,57 Bremen 187,64 Freiburg 236,80 Linden 319,30 Pforzheim 99,26.

Monat Februar.

Hanau 41,92 Deutz 60,86 Bonn 18,93 Hilbersheim 227,45 Trier 130,30 Dülmen 181,97 Bürgstadt 74,68 Lübeck 8,50 Neuland b. Reichen 15,39 Hamburg II 42,15 Elberfeld 87,43 Dülmen 50,- Markt Redwitz 44,- Dombrück 43,65 Beine 87,42 Straubing 78,- Wiesbaden 28,55 Ludwigshafen 183,35 Stuttgart 346,67 Esslingen 80,10 Gießen 100,- Bodenholz 216,02 Siegburg 121,50 Köln 420,- Sabze 57,80 Hüsten 57,82 Höhe 66,05 Eilenburg 56,69 Cleve 6,83 Brilonberg 55,88 Thale 64,98 Hamburg I 216,70 Südenburg 94,40 Werder 80,45 Bredelar 176,- Bochum 272,01 Bayenthal 48,95 Lippstadt 355,85 Karlsruhe 88,90 Müschbach 13,80 Paderborn 8,67 Hachen 21,71 Mombach 78,55 Laehr (Baden) 14,45 Schleiden 50,19 Worms 11,12 Frankenthal 91,48 Gochsheim 16,27 Frankfurt a. M. 116,83 Würselen 19,5,62 Duren 4,42 Durlach 4,40 Dülmen 100 St. Johann 224,98 Kippe 39,18 Höchstädt 28,15 Haan 68,35 Offenbach a. M. 501,37 Wiesbaden 231,15 Richterich 131,90 Magdeburg-Neust. 78,44 Nieder-Erd 40,49 Radolfzell 79,48 Bamberg 58,86 Waldb 71,82 Berlin-Schöneiche 263,70 Meiderich 314,21 Schnellweide 59,45 Matz 160 Neckinghausen 84,37 Eilenburg 21,72 Mülhausen 842,63 Nachen II 631,85 Hirtwangen 158,40 Höerde 25,08 Lindenthal 61,19 Humboldtstraße 185,12 Laar 666,10 Gemünd 26,52 Poll 46,40 Beuerungen 43,25 Büsbach 75,48 Schwäbisch-Gemünd 712,74 Triberg 286,40 Osnabrück 253,31 Hemerscheid 55,94 Göppingen 61,06 Riel 61,55 Rottweil 70,26 Heidelberg 76,25 Ötigis 83,60 Salzle 41,02 Dudweiler 89,44 Stieglitz 657,07 Sünzendorf 40,49 Magdeburg 38,- Hasp 25,48 Ulm 92,65 Haaren 185,20 Düsseldorf 8,-5,08 Elberfeld 103,55 Koßheim 11,31 Dresden 79,48 Damig 128,95 Kall 200 Weizen 9,98 Obrigheim 13,15 Gießen 576,79 Mühlhausen i. E. 132,90 Elser 94,04 Budau 142,92 Oberhausen 192,05 Hannover 58,43 Bodenheim 141,79 Görslitz 17,95 El-Gladbach 518,26 Renigen 94,49 Ratingen 101,30 Wellinghausen 30,50 Düsseldorf 25,54 Braunschweig 80,80 Bensheim 103,- Bürtscheid 259,35 Baden-Baden 17,49.

Monat März.

Merheim 68,16 Gevelsberg 32,94 Gemünd (Eis) 97,30 Geumau 48,45 Lübeck 131,33 Höchstädt 43,38 Bensberg 161,50 Schwäbisch-Gemünd 20,- Höchstädt 71,69 Dülmen 200,- Cornelius 49,46 Sichtvor 122,59 Beleke 41,10 Allagen 44,35 Würzburg 38,20 Northeim 4,-15 Grüne 105,78 Kreislaer 15,60 Bremerhaven 23,75 Ülfen 141,27 Darmstadt 45,52 Straubing 39,72 Sterkrade 253,21 Lengerich 15,77 Groß-Umheim 18,73 Oberursel 76,32 Warstein 79,13 Mülheim-Ettringen 184,86 Marzloch 38,- Eresfeld 78,18 Unnen 82,- Menden-Etz 27,- Hamborn 111,07 Hamm 685,81 Gelsenkirchen 556,88 Hattingen 55,03 Kall 210,- Straubing-Kest -,-50 Hamborn 175,85 Alme 121,76 Stolberg 116,85 1. Quartal 200,- Grönendenk 26,68 Neurath 46,82 Menden-Kest 204,70 Hagen 128,10 Schleiden, 1. Quartal 300,- Görslitz 17,25 Hennig 13,70 Hohen 31,22 Alsfeld 21,16 Coblenz-Neuendorf 67,84 Gießen 12,99.

Zur Beachtung bei Aufstellung der Quartalsabrechnung.

Bei Revision der Abrechnungen vom 4. Quartal 1905 hat sich ergeben, daß einige Ortsgruppen die Abrechnungen immer noch nicht ordnungsmäßig ausführen. Die Zahl der vorhandenen Marken, sowie die Mitgliederzahl nicht angegeben oder unzureichend Ausgaben für die Verbandskasse gemacht sind. Bei einigen fehlten die Quittungen (Belege) für die Ausgaben, oder Angaben über Einnahme und Ausgaben der Volksschule.

Eine Ortsgruppe, welche ihre Buch- und Kassengeschäfte nicht in Ordnung hat, nicht ordnungsmäßig führt, die taugt auch sonst nicht. Da wird auch jede sonstige gewerkschaftliche Arbeit unmöglich sein, wo es gilt, bessere Sohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen; Eingaben an Arbeitgeber und Behörden zu machen, Schulung und gewerkschaftlicher Geist bei den Mitgliedern zu festigen oder statistische Aufnahmen und Material über die Verhältnisse am Orte herbeizuschaffen.

Wer im Kleinen nicht pflichttreu ist, im Kleinen nichts leistet, kann viel weniger etwas großes leisten.

Mögen sich diese insbesondere unsere Ortsgruppenvertreter und Bezirksleiter merken, dass dies natürlich die freizustellenden Gewerkschaftsbeamten und Agitator hervorgerufen sollten. Deshalb Pünktlichkeit, Ordnung und Pflichtstreue besonders in der Verwaltung und Kassenwesen. Zu letzterem Punkte sei noch folgendes in Erinnerung gebracht:

Alle Ausgaben für Agitation, Drucksachen, Post, Schreibmaterial, sowie die 7½ Proz. an die Bezirksleitung müssen aus den verbleibenden Einnahmen der Ortsgruppen bestreiten werden und dürfen unter keinen Umständen von den 85 Proz. Einnahmen der Hauptkasse in Abzug gebracht werden. Wo die 15 Proz. der Wohlenbeiträge nicht ausreichen, ist es jedenfalls ratsam, wenn die Ortsgruppen einen kleinen Lokalbeitrag erheben, um so die nötigen Mittel aufzubringen. Die größte Mehrzahl der Gruppen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erheben 10 Pf. und mehr pro Woche Wohlenbeiträge, um selbst die Anstellung von Lokalbeamten aus diesen Mitteln zu bestreiten. Auch unsere Ortsgruppen müssen eine Ehre darin sehen, den Wettkampf mit jenen anzunehmen; sei es in der Agitation oder Beitragszahl. Bei manchen ist bei der Abrechnung die noch vorhandene Markenzahl nicht angegeben.

Ohne vorherige Feststellung der vorhandenen und verkaufen Marken ist es nicht möglich, die Abrechnung richtig fertig zu stellen, deshalb muss auch auf der Abrechnung angegeben werden, wieviel Marken vom vorigen Vierteljahr vorhanden waren, wieviel neu hinzugekommen und wieviel verkauft sind, um eine Kontrolle zu ermöglichen. Dazu erste Hauptbedingung: Alle von der Zentrale erhaltenen Mitgliedsbücher und Marken müssen in das Markenkontrollbuch eingetragen werden, ebenso alle die von Vertrauensmännern ausgegeben wurden. Wenn ein Markenkontrollbuch nicht vorhanden sein sollte, wende man sich dieserhalb an die Zentrale.

Desgleichen fehlt bei einigen die Angabe der Mitgliederzahl oder der Zu- oder Abgang von Mitgliedern oder die Mitgliederliste ist nicht richtig ausgestellt.

Die Mitgliederzahl in jeder Ortsgruppe gibt erst einen Anhalt, ob es vorwärts oder rückwärts gegangen ist. Wo das ganze Vierteljahr nicht eine einzige Aufnahme gemacht wurde, ist das ein Beweis, daß nicht mit der nötigen Rücksicht gearbeitet wurde. Der Einwand, daß die Verhältnisse für die Agitation zu schwierig sind, ist nicht stichhaltig. Jede Ortsgruppe muß ihren ganzen Stolz darin erblicken, in jedem Quartal in der Mitgliederzahl zu steigen.

Die Einnahmen und Ausgaben der Volksschule ist genau auf der Abrechnung zu berichten. Von den Ausgaben der Volksschule sind die Quittungen (Belege) in einer besondern Mappe aufzubewahren, damit dieselben auf Verlangen an die Zentrale gesandt, oder bei etwaiger Kontrolle durch den Bezirksleiter vorgelegt werden können. Ebenfalls muß eine Mappe vorhanden sein wo von jeder Quartalsabrechnung eine genaue Abschrift der Abrechnung für die Zentrale aufbewahrt wird. Zu dem Zweck werden ja jeder Ortsgruppe jedesmal 2 Abrechnungsformulare zugesandt. Der Tätigkeitsbericht wird ebenfalls von manchen Ortsgruppen zu wenig beachtet und mangelhaft Angaben gemacht.

Gerade aus dem Tätigkeitsbericht ist es der Zentrale erst möglich, über die Tätigkeit der Ortsgruppen zu urteilen, darum muß jede Ortsgruppe eingehend berichten, wieviel Versammlungen und Sitzungen stattgefunden haben und wie der Versammlungsbesuch gewesen. Ebenso ist über Streik und etwaigen Wahlbewegungen, Erfolg und die Zahl der Beteiligten genau zu berichten.

Daselbe gilt für die Arbeitslosenstatistik, die genau so auszufüllen ist, wie die Karte für das Kaiserlich-Statistische Amt.

Mitglieder- und Einnahmeverzeichnis haben ebenfalls einige nicht für nötig befunden, einzusenden.

Das Mitgliederverzeichnis ermöglicht der Zentrale erst eine genaue Übersicht, wie die einzelnen Mitglieder ihre Beiträge bezahlen und wer unterstützungsberechtigt ist. Darum muß dasselbe mit der Abrechnung genau nach der Kassenliste ausgefüllt eingesandt werden.

Dieser kurze Hinweis auf die Notwendigkeit einer prompten und ausführlichen Abrechnung und Kassierung wird hoffentlich unsere Kollegen und Vorstandsmitglieder in allen Ortsgruppen anstreben, auch in der Kassierung und Abrechnung

ihre Schuldigkeit zu tun. Jede Ortsverwaltung muß auch hier das rechte Solidaritätsgefühl besitzen und sich bewußt sein, daß sie ein Teil der Verwaltung des ganzen Verbandes in Händen hat. Die Zentrale kann nur ihre Schuldigkeit tun, wenn jede Ortsgruppe den Anordnungen prompt nachkommt. Wie also jeder seine Schuldigkeit.

In Zukunft werden diejenigen Ortsgruppen, welche allen Ermahnungen zum Trotz immer unglaubliche Abrechnungen ablegen, veröfentlicht werden. An der vielen Arbeit liegt es nicht, daß manchmal nichts der Schlendrian herübt.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen besucht die Versammlungen, werbet Mitglieder für den Verband, betreibt die Haus-Agitation.

Bremen. Freitag, 13. April, abends 8 Uhr im Vereinslokal Elisabethstraße 84; Reinecke des Vorsitzenden ist jetzt Wattburgstraße 84; Reineckerstiftung wird daselbst ausbezahlt.

Berlin. Unsere Versammlung findet erst Sonnabend, 21. April statt. Tagessordnung: Vortrag "Die Presse und ihr Wert für die Gewerkschaftsbewegung", Herr Redakteur Katrich. Die Wohnung des Kaiserlers befindet sich jetzt Neue Winterfeldstraße 42. Am Dienstag, 6. April beginnen in der Köpenickerstr. 62 soziale Unterrichtskurse, die Mitglieder werden ersucht, sich möglichst zahlreich an denselben zu beteiligen.

Bamberg. Am 7. April in den Luitpoldhallen, (Katholisch-Vereinshaus).

Durlach. Sonntag, den 8. April, nachm. 3 Uhr im Bahnhof-Hotel, 2. Stock.

Düsseldorf. Sonntag, 8. April, vormittags 1/211 Uhr bei Mosbach, 1. Etage.

Duisburg. Sonntag, 8. April, morgen mittags 11 Uhr im Arbeiter- und Gewerkschaftshaus, Seitenstraße 19.

Nieder-Görlitz. Sonntag, 8. April, nachmittags 4 Uhr bei Franz Wogel.

Freiburg. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr "Zur guten Quelle", Marienstraße 21.

Freising. Jeden 1. Sonntag im Monat beim Biegelwirt, Reineckerstiftung zahlzt Kassierer Hempfer, Obere Hauptstraße 1381.

Gelsenkirchen. Samstag, 7. April, abends 8 Uhr bei Görlitz, Wölkerplatz.

Heilbronn. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, abends 8 Uhr in Schönauer Hof.

Hamburg. Agitationsbezirk "Norden". Sonntag, den 15. April (1. Osterstag), nachm. findet bei Franz's. Heinstraße 12/13, St. Pauli, eine Bezirkskonferenz statt. Abends 9 Uhr findet ein Zeitungsmarsch für sämtliche Gewerkschaften statt. Ostermontag, den 16. April, mittags 12 Uhr Konferenz sämtlicher christlichen Gewerkschaften. Adresse des Bezirksschreibers unverändert: Friedr. Zeppelin, Altona, Gr. Rosenstraße 10, Haus, 2. Etage.

Hildesheim. Sonnabend, 21. April im Braunschweiger Hof, Scheelestr. 21. Kollege Leyke wohnt jetzt Vorwerk-Bruhl 30.

Kalk. Samstag, den 7. April, abends 9 Uhr bei Schorodt.

Lahr (Baden). Samstag, den 1. April, morgens 11 1/2 Uhr Verlagsanstalt.

Lahr (Baden). Samstag, den 7. April, abends 4 1/2 Uhr im "Großen Schoppen", Gewerkschaftsveranstaltung.

Magdeburg. Am 13. April nachm. 4 Uhr Bezirkssversammlung mit Vortrag im St. Josephshaus.

Marzloch. Sonntag, 8. April, morgens 11 1/2 Uhr öffentliche Versammlung bei Rosendahl. Referent Herr Redakteur Eders.

Merschel. Sonntag, den 8. April, morgens 11 1/2 Uhr.

Neuk. Sonntag, den 8. April, morgens 11 Uhr bei Görslitz, Oberstraße.

Paderborn. Sonntag, 8. April, mittags 1 1/2 Uhr b. Mues, Kleiner Domplatz; Vortrag eines Bielefelder Kollegen.

Papenburg. Sonntag, den 8. April, nachmittags 4 Uhr, Kartellveranstaltung bei Atw. Meister.

Schalke. Jeden 2. und 4. Samstag, morgens 11 Uhr bei Wagener.

Willingen. Samstag, den 7. April, abends 8 Uhr i. Hirz.

"Das Reich".

Unabhängige, evangelische, nationale Berliner Tageszeitung für entschiedene Sozialreform. Erscheint als Nachausgabe und wird mit den Abendschulzügen versandt. Enthält die Parlamentsberichte deselben Tages und alle Abends vorliegenden neuesten Nachrichten. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pf., bei freier Auflistung ins Haus vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf. mehr. Probenummern versendet unterzeichnet die Geschäftsstelle.

Berlin SW 61, Johamitterstraße 6.

Bericht sehr klar und genau über alle Vorgänge in der christl.-nat. Arbeiterbewegung.

Unserem lieben Kollegen

Karl Lohrechelt nebst Gemahlin
widmen zur Silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Sterkrade.

Nachricht.

Hiermit zur Kenntnisnahme, daß unser treuer Kollege

Joseph Fröhle

verstorben ist.

Wir werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Zahlstelle Nürnberg.